



frauen*solidarität

147 1/19 € 5.-

Europäische Agrarpolitik: Perspektiven und Alternativen

Frauen* im ländlichen Raum -
Landrechte und -verteilung - Ernährungssouveränität

#MeToo in Rwanda

The real Justice



MOUNT
MEAT



Wählen Sie!

 **Gerechtigkeit**

Gehen Sie zur AK Wahl:
Denn nur Ihre Stimme sorgt dafür, dass
Ihre Interessen kraftvoll vertreten werden.
Wien: 20.03. bis 02.04. 2019
Per Briefwahl und in vielen Betrieben.
wien.arbeiterkammer.at/wahl



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

EDITORIAL

Neues Jahr, neues Glück. Wir glauben daran. Für alle, die sich fragen, wie es mit unserer Zeitschrift weitergeht, können wir sagen: Wir lassen uns nicht unterkriegen, wir machen weiter. Wir sind dabei, neue Fördergeber_innen zu finden, die nächsten Ausgaben zu planen und denken auch über digitale Angebote nach.

2019 starten wir mit einem Schwerpunkt zur Europäischen Agrarpolitik, schauen aber auch auf alternative Konzepte, die Kleinbäuer_innen und Landarbeiter_innen weltweit entwickeln.

Zwei Neuerungen gibt es in dieser Ausgabe. Für die Grafik zeichnen Anne Lange und Klara Tolnai verantwortlich, die für einige Monate den Staffeltab von Julia Löw übernehmen. Und für alle, die glauben Sternderl zu sehen, eine Entwarnung – ihr seht richtig. Wir möchten unseren Autor_innen nicht vorschreiben, wie Geschlechtervielfalt innerhalb der Texte sprachlich dargestellt wird und deshalb gibt es in dieser Ausgabe mehrere Varianten zu entdecken.

Die Märzausgabe steht immer auch im Zeichen des Internationalen Frauentags. Es gibt viele Aktionen, Demos und Feste, aber überall dabei zu sein, schaffen die wenigsten. "Caring for myself is not self-indulgence, it is self-preservation, and that is an act of political warfare", sagte schon Audre Lorde. Also passt auf euch auf! Und darüber hinaus: Tauscht euch aus, reflektiert Machtungleichheiten, sprecht aus, was euch am Herzen liegt, bewahrt Solidarität und stärkt eure Communities.¹

Wir wünschen einen feministischen, solidarischen und kämpferischen 8. März.

Eure Redaktion

Anmerkung: ¹ <https://www.globalfundforwomen.org/self-care-activism-infographic>

INHALT

04 Kurznachrichten, Impressum

EUROPÄISCHE AGRARPOLITIK: PERSPEKTIVEN UND ALTERNATIVEN

07 Wachsen, weichen und zerstören

Die nächste Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.

Irmi Salzer

10 Milch reist nicht gerne, Milchpulver umso mehr

Agrarsubventionen und ihre Folgen für Kleinbäuerinnen in Burkina Faso.

Aleksandra Kolodziejczyk

12 Gefährliche Arbeitsplätze

Migrantische Saisonarbeiterinnen in der europäischen Landwirtschaft.

Anna Fierz

14 Mehr Bäuerinnen braucht das Land!

Warum wir Rechte für Kleinbäuerinnen und -bauern brauchen.

Julianna Fehlinger

16 Auswege aus einer stillen Katastrophe

Empowerment von Frauen und Mädchen, Nahrungsmittelsicherheit, Bildung und medizinische Versorgung in Nepal. *Brita Pohl*

18 Für eine neue Logik!

Agrarökologie als Instrument der feministischen Ermächtigung.

Melanie Oßberger

20 Globalisierte Kämpfe – und globalisierte Hoffnung

Selbstbestimmte Agrarökonomie in Palästina.

Klaudia Rottenschlager

22 Rural Women and Grassroots Feminism

Stories from women farmworkers in Brazil. *Maria Luisa Mendonça*

QUERSCHNITT

26 Indien jenseits der Schlagzeilen

Urvashi Butalia im Interview. *Denise Du Rieux*

28 Sündenbockpolitik

Anmerkungen zur Instrumentalisierung eines feministischen Kampfes.

Claudia Thallmayer

30 Die Konstruktion von extremer Maskulinität in neuen Kriegen

Mary Kaldor im Interview über vergeschlechtlichte Konflikte. *Tania Napravnik*

32 #MeToo in Rwanda

The real justice: What my cousin's rape case tells us about unaddressed issues in modern patriarchal societies. *Chantal Umuhoza*

35 Kommentar

36 Bibliothek

37 Musik

38 Bücher

ÖSTERREICH Sigrun Berger: 85!



Sigrun Berger, eine der Gründerinnen, langjährige Obfrau und heute Ehrenvorsitzende der Frauen*solidarität, ist 85 Jahre alt geworden – im Februar gebührend gefeiert von Freund_innen, Familie und damaligen und heutigen Mitstreiterinnen. Die Obfrau der Frauen*solidarität, Ulrike Lunacek, erinnerte in ihrer Festrede an die Anfänge, als Sigrun Berger die „mitreisende Ehefrau“ eines Entwicklungshelfers war, die ohne eigenen Vertrag und Gehalt nicht nur die Familienarbeit geleistet, sondern auch eigene ehrenamtliche Projekte aufgebaut hat.

Zuerst in Bolivien, dann in Chile (bis zum Putsch 1973) engagierte Sigrun Berger sich vor allem im Kampf gegen Armut. Diese Erfahrungen, die sie mit anderen „mitreisenden Ehefrauen“ teilte, gehören zur Gründungsgeschichte der Frauen*solidarität und führten schließlich dazu, wie Lunacek betonte, dass Frauen und ihre Themen in der Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr nur „mitgedacht“ wurden. Die Gründerinnen kritisierten nämlich sowohl den Sexismus in der damaligen Struktur der österreichischen Entwicklungshilfe als auch den Sexismus der Inhalte: Eine Hauswirtschaftsschule in Lateinamerika aufzubauen und das als „frauenspezifisches Programm“ zu verkaufen, ziele weniger auf ein gutes Einkommen der Frauen ab, so bspw. die Kritik in der Ausgabe Nr. 2/1982 der Frauen*solidarität-Zeitschrift, sondern solle eher nur auf die Heirat mit einem wohlhabenden Mann vorbereiten. Ulrike Lunacek, die 1984 bei der Frauen*solidarität eingestiegen ist, sagte zum Ende ihrer Rede, sie alle hätten damals nicht gedacht, dass mehr als 30 Jahre später immer noch so viel Engagement nötig sein würde, aber so sei es angesichts der weltweiten Entwicklungen – und Sigrun Berger sei dabei bis heute ein Vor-

bild. Bewunderung und Anerkennung für Sigrun Bergers Lebensleistungen zeigten sich ganz deutlich in der Zusammensetzung der Partygäst_innen: Alle Generationen in der Geschichte der Frauen*solidarität waren vertreten und machten die gelungene Weitergabe in dieser einzigartigen Frauenorganisation sichtbar, die in der Tatkraft und den starken Überzeugungen von Frauen wie Sigrun Berger ihren Anfang genommen hat.

INTERNATIONAL Geld für die Bewegung

Feministische Bewegungen haben derzeit weltweit dasselbe Problem: Wie sich ausreichend finanzieren in Zeiten von patriarchalem Backlash und neoliberaler Durchdringung aller Lebensbereiche? Bei der globalen feministischen AWID (Association for Women's Rights in Development) läuft deshalb ein Forschungsprojekt über erfolgreiche nachhaltige autonome Geldbeschaffungsmodelle von und für Frauenbewegungen. So haben in Kolkata/Indien bereits Mitte der 1990er Jahre Sexarbeiterinnen die Kooperative „Usha“ inklusive eigenem Kreditinstitut gegründet. Die Banken verweigerten ihnen damals nämlich so-

wohl Konten als auch Spargbücher oder Kredite. An ein planbares und abgesichertes finanzielles Leben oder die Ausbildungsfinanzierung ihrer Kinder war nicht zu denken. Inzwischen gibt es „Usha“ im gesamten Bundesstaat Westbengalen – und nach wie vor besteht der Vorstand der Bank ausschließlich aus Sexarbeiterinnen, die alle drei Jahre von den Mitgliedern, ebenfalls ausschließlich Sexarbeiterinnen, gewählt werden.

Aber es muss nicht immer gleich die eigene Bank sein! Die laufende Forschung von AWID zeigt jetzt schon eine ganze Bandbreite an Möglichkeiten auf, um sich von Spenden und (inhaltlich oft einengenden) Subventionen unabhängiger zu machen: www.awid.org/news-and-analysis/what-we-can-learn-feminists-who-fund-themselves.

Quellen:
ushacoop.org, www.awid.org/priority-areas/resourcing-feminist-movements

ÖSTERREICH

Bündnis Alternativer Medien

Es macht „BAM!“ in der österreichischen Medienlandschaft. Über den Winter hat sich das „Bündnis Alternativer Medien“ gebildet, „weil die Zeiten es erfordern“. Nicht nur in Österreich: „Es geht um den institutionellen Vormarsch der Rechten und Ultrarechten überall auf der Welt und ihre Angriffe auf kritische Medienarbeit“, so das Mission Statement des Bündnisses. Wobei sich das „Alternativ“ in BAM! gerade nicht auf die grassierenden „alternativen Fakten“ bezieht, sondern vielmehr darauf, dass alternative Medien den etablierten Medien eine engagierte, kritische Perspektive entgegensetzen und eine solidarische und partizipative Medienpolitik verfolgen, die Teil von emanzipativen Prozessen ist. Die frauen*solidarität ist neben den an.schlägen, der Volksstimme, Augustin, mosaik-blog.at, MALMOE, skug, Radio Orange 94.0, Bildpunkt und AEP-Informationen Teil des Bündnisses. Website: www.bam.jetzt

SUDAN Frauen in Protesten sichtbar machen!

In Sudan findet seit dem 19. Dezember 2018 ein Aufstand gegen Diktator Omar Al Bashir statt – ausgelöst durch Demonstrationen gegen die Verdreifachung der Brotpreise ist daraus aber rasch ein breites politisches Begehren nach grundlegender Veränderung geworden. Feministinnen und Frauenrechtsaktivistinnen fordern die sofortige Freilassung der (Stand Mitte Februar) mindestens 160 inhaftierten Aktivistinnen, den Rücktritt von Al Bashir und die Bildung einer Übergangsregierung. Sie fordern die Einhaltung der Menschenrechte und die Abschaffung der „Public Order Laws“ von 1983, als die Scharia eingeführt wurde. Damit werden überwiegend Frauen für „unanständiges Verhalten“ – mit Gefängnis und Auspeitschungen – bestraft. Wobei „unanständig“ sowohl das Tragen bestimmter Kleidungsstücke sein kann oder die Interaktion mit nicht verwandten Männern, etwa mit Studienkollegen an den Universitäten, wie auch jegliches politisches Engagement. Die Politikwissenschaftlerin und Schriftstellerin Ishraga Mustafa Hamid, die in Österreich die feministische Unterstützung der Protestierenden mitorganisiert, erläutert, dass die Feministinnen im Sudan sich innerhalb der (verbotenen) Dachgewerkschaft „Sudanese Professionals Association“ (SPA) für Frauenrechte engagieren. Mit ihnen solidarisch zeigen sich vor allem junge Aktivist_innen und Gewerkschafter_innen. Die Antwort von Al Bashir, Islamist und General, der seit 29 Jahren an der Macht ist, auf die Proteste ist allerdings nach wie vor gewaltsame Unterdrückung. Deshalb, so Ishraga Mustafa Hamid, ist es jetzt wichtig, die Forderungen der Frauenrechtsaktivistinnen und ihre aktive Beteiligung am Aufstand im Sudan sichtbar zu machen und ein Augenmerk auf die feministische Agenda zu haben. Nur die Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte kann verhindern, dass sich nach dem möglichen Sturz von Al Bashir für die sudanesischen Frauen und Mädchen nichts ändert.

Quellen:
www.wp.sudaneseprofessionals.org, redress.org (Report „Criminalisation of Women in Sudan: A Need for Fundamental Reform“), www.hrw.org/news, www.dabangasudan.org/en

frauen*solidarität Nr. 147 (1/2019)

ISSN 1023-1943

Offenlegung laut Mediengesetz: Medieninhaberin und Herausgeberin: Frauensolidarität – feministisch-entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit; **Vorstand:** Ulrike Lunacek (Obfrau), Luisa Dietrich (Obfrau-Stellvertreterin), Magda Seewald (Kassierin), Aleksandra Kolodziejczyk (Kassierin-Stellvertreterin), Verena Bauer (Schriftführerin), Gerda Neyer (Schriftführerin-Stellvertreterin); **Geschäftsführung:** Claudia Temper; **Blattlinie:** Verbreitung von Informationen über die Situation von Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie Reflexionen des Nord-Südverhältnisses aus feministischer Sicht. // DVR.-Nr.: 0771023 // ZVR-Zahl: 624081934 //

Impressum: Medieninhaberin und Herausgeberin: Frauensolidarität im C3 – feministisch-entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, Sensengasse 3, A-1090 Wien Telefon: 0043 1 3174020-0 // E-Mail: redaktion@frauensolidaritaet.org // Internet: www.frauensolidaritaet.org //

Redaktion: Petra Pint (redaktion@frauensolidaritaet.org), Sylvia Köchl, Claudia Temper //

Lektorat: Gertie Aichhorn (de), Gerda Neyer (en) //

Basisgestaltung: Julia Löw & Anne Lange // **Gestaltung der aktuellen Ausgabe:** Anne Lange & Klara Tolnai //

Druck: Donau Forum Druck Ges.m.b.H., Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien //

Bildnachweis: S. 4 Frauen*solidarität, S. 10 CIFOR/Ollivier Girard, CC_NC_BY, S. 12 Sezonieri (Screenshot Video), CC BY-NC-SA 3.0 AT, S. 14/15 Juliana Fehlinger und Attac, S. 16/17 PHASE Austria, S. 18 FIAN Österreich, S. 21 Union of Agricultural Work Committees, S. 23 Maria Luisa Mendonça, S. 26 Internaz/Alesi e Leonardi flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0, S. 28 Janine Wurzer, S. 30 ÖFSE/Karin Sumetzberger, S. 34 Felix Hauer

Copyright: bei Autorinnen bzw. Redaktion. Die in den Beiträgen vertretenen Meinungen müssen nicht mit denen der Redaktion ident sein. Die Frauen*solidarität erscheint viermal im Jahr; Preis pro Heft: EUR 5,- plus Porto; Jahresabo: EUR 20,- (Österreich) bzw. EUR 25,- (andere Länder); **Bestellungen an:** Frauen*solidarität, Sensengasse 3, A-1090 Wien; E-Mail: abo@frauensolidaritaet.org // Konto: lautend auf Frauensolidarität, IBAN AT40 1420 0200 1094 3729, BIC EASYATW1 //



frauen*solidarität

Medienvielfalt stärken!

Wir lassen uns nicht unterkriegen und sind immer noch Teil dieser Medienvielfalt.

Spenden & abonnieren Sie feministisch!

Mitglied werden: office@frauensolidaritaet.org

Soli-Abo zu 50 Euro bestellen: abo@frauensolidaritaet.org

Spenden: IBAN AT40 1420 0200 1094 3729, BIC EASYATW1

EUROPÄISCHE AGRARPOLITIK: PERSPEKTIVEN UND ALTERNATIVEN

Anlass für diese Ausgabe ist die Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union. Vor Jahrzehnten geschaffen, um dem Hunger in Europa den Kampf anzusagen, sind es nach Jahren der Überproduktion doch vor allem die Kleinbäuerinnen und -bauern und die Landarbeiter_innen in Europa, vor allem aber auch im Globalen Süden, die unter dieser Politik der Subventionierung von industrieller Landwirtschaft und aggressivem Exportieren leiden.

Zunächst führen uns die Beiträge an die Verhandlungstische in Brüssel, wo die Reform gerade Gestalt annimmt. Dann gehen wir direkt nach Burkina Faso, wo die Milchpulverexporte der EU den Aufbau eines lokalen Milchmarktes erschweren. Zurück in der EU, zeigen wir, was es bedeutet, wenn Landwirtschaftsbetriebe zwar ökologische Standards erfüllen müssen, aber keine sozialen: Für migrantische Landarbeiter_innen hat sich auf den Feldern Europas ein informeller und ungesicherter Arbeitsmarkt etabliert. Aber es regt sich auch jede Menge Widerstand gegen diese Entwicklungen. In Burkina Faso gibt es Kooperativen, die faire Milch produzieren, und Landarbeiter_innen in Europa organisieren sich und kämpfen für ihre Rechte.

Wir blicken aber auch über den europäischen Tellerrand hinaus. In allen Regionen der Welt entwickeln Kleinbäuerinnen und -bauern alternative Konzepte, um nachhaltige Landwirtschaft und Biodiversität zu fördern. In Nepal wird an alternativen Ansätzen zur reinen Nothilfe gearbeitet, um die Ernährung zu sichern. In El Salvador arbeitet eine feministische Kooperative mit dem Ansatz der Agrarökologie und fördert neben Biodiversität auch die Selbstermächtigung von Frauen. In Palästina organisieren sich Frauenkooperativen, um Ernährungssouveränität in den besetzten Gebieten zu erreichen. Und in Brasilien organisieren sich ganze Generationen von Landarbeiter_innen-Familien gegen Monokulturen und die ungerechte Verteilung von Land.

Auch internationale Solidarität und Zusammenarbeit macht sich nach Jahrzehnten bezahlt: Die UN-Deklaration über die Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten, wurde im Dezember 2018 von der UN-Generalversammlung mit einer überwältigenden Mehrheit angenommen. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Erfolg auch in Europa zu spüren sein wird. Noch bleibt Zeit, sich in die Reform der GAP einzumischen.

WACHSEN, WEICHEN UND ZERSTÖREN

Die nächste Reform
der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU –
und warum es wieder nicht gelingt,
eine sozial gerechte und ökologisch
nachhaltige Landwirtschaft
zu fördern

Irmi Salzer

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU hat eine lange Geschichte. Je nach Perspektive ist sie ein beeindruckendes Erfolgsmodell oder aber dafür verantwortlich, dass die Umwelt beeinträchtigt, Kleinbäuer*innen verdrängt und Märkte im Globalen Süden empfindlich gestört werden.

Derzeit wird in Brüssel und in den Mitgliedsstaaten der EU über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) verhandelt. Wie alle sieben Jahre, denn so lange währt jeweils eine „Periode“ der GAP, geht es nun darum, welche Instrumente sich bewährt haben und was einer Erneuerung bedarf. Das EU-Parlament, der Rat der Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission versuchen in zähen Verhandlungen, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Man* diskutiert über Flächenprämien, Umweltprogramme, Marktordnung und Obergrenzen.

Die Debatte ist technisch und kompliziert – und leider nicht in aller Munde. Dabei müsste es jede*r Bürger*in ein Anliegen sein, über die Zukunft der Landwirtschaft in der EU mitentscheiden zu können. Die GAP regelt nämlich nicht nur, welche Landwirtschaftsbetriebe wie viel Geld nach welchen Kriterien bekommen. Sie hat immense Auswirkungen auf das, was auf unsere Teller kommt, auf die Klimakrise und den Zustand unserer Böden und Gewässer, auf Gesundheit und das soziale Gefüge in den ländlichen Räumen. Nicht zuletzt beeinflusst die Agrarpolitik der EU die landwirtschaftlichen Märkte weltweit – und damit die ökonomischen und sozialen Perspektiven von Kleinbäuer*innen in Nord und Süd.

Die EU ist eine der wichtigsten Akteurinnen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung weltweit. Seit vielen Jahren ist die oberste Maxime der europäischen Agrarpolitik die globale Wettbewerbsfähigkeit – im Interesse von multinationalen Konzernen und der eu-

ropäischen Großbetriebe. Wie viele Bäuer*innen in Nord und Süd dabei auf der Strecke bleiben, ist trotz aller Lippenbekenntnisse nebensächlich.

In der EU schließt alle drei Minuten ein Bauernhof seine Pforten. Noch immer bewirtschaftet aber ein Großteil der EU-Betriebe weniger als zehn Hektar. Die GAP in ihrer derzeitigen Ausprägung hält zwar einige Instrumente für all diese Kleinbäuer*innen bereit, in ihrem Kern fördert sie jedoch Konzentrationsprozesse, Betriebsvergrößerungen und das Schließen sogenannter nicht wettbewerbsfähiger Betriebe – das „Wachsen oder Weichen“. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU stammt aus einer Zeit, in der Hunger in Europa noch allgegenwärtig war. Deshalb war auch ihr oberstes Ziel, die Produktion von Lebensmitteln anzukurbeln. Zudem

wurden Arbeitskräfte für die Industrie gebraucht. Garantierte Mindestpreise und der technologische Fortschritt sorgten dafür, dass aus der Mangelversorgung bald eine Überschussproduktion wurde.

Die gewaltigen Produktivitätsfortschritte sind die „Erfolgsseite“ der GAP – aber sie sorgten bald auch für Probleme, Stichwort Butterberge und Milchseen. Also begann die EU, die Überschüsse auf dem Weltmarkt mittels Exportsubventionen billig zu verkaufen. Fehlende Zölle für pflanzliche Proteine wie Soja, die als Viehfutter dienen, verschärfte die Überschussproduktion. Europa wurde zu einer riesigen Fleischfabrik, die importiertes Viehfutter in Fleisch, Milch und Eier verwandelt, um die erzeugten Überschüsse anschließend wieder zu exportieren

Der Taschenspielertrick der EU

Wegen ihrer Exportsubventionen kam die EU – wie auch die USA – Anfang der 90er Jahre zunehmend unter Druck. Deswegen erklärten sich beide Regionen bereit, ihre handelsverzerrenden Beihilfen zu reduzieren. Um ihre Exportstrategie im Interesse ihrer Agrarmultis fortführen zu können, bediente sich die EU eines Taschenspielertricks: Die Welthandelsorganisation WTO verbietet die direkte Förderung von Exporten. Wenn die Waren aber zu Inlandspreisen exportiert werden, gilt das nicht als handelsverzerrend – selbst wenn diese Preise dank interner Beihilfen unter den tatsächlichen Produktionskosten liegen. Also stellte man die Subventionen schrittweise auf sogenannte „entkoppelte“, also von der Produktion unabhängige Direktzahlungen um. So ist es der EU gelungen, ihre Produkte zu niedrigen Preisen auf den Weltagrarmärkten abzusetzen, ohne dafür des Dumpings gescholten zu werden. De facto gibt es also kaum mehr Exportsubventionen – die direkten Förderungen der GAP haben aber dieselben (wenn nicht sogar schlimmere) Auswirkungen auf die globalen Agrarmärkte. Länder des Globalen Südens

können es sich zumeist nicht leisten, ihre Bäuerinnen und Bauern in vergleichbarem Ausmaß zu unterstützen. Deshalb sind dann europäische Waren oft billiger als die lokal erzeugten, und Kleinbäuer*innen müssen an einem unfairen Wettbewerb teilnehmen. Dies trifft insbesondere die besonders verletzlichen Gruppen – also Kinder und Frauen*.

Die GAP-Reform: die nächste vertane Chance?

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU in ihrer derzeitigen Form hat viel an gesellschaftlichem Rückhalt eingebüßt. Jährlich werden nach wie vor ca. 60 Mrd. Euro in die EU-Landwirtschaft und die Entwicklung des ländlichen Raumes gepumpt. Dennoch schrumpft die Anzahl der europäischen Betriebe. Trotz der EU-Umweltförderungen geht Biodiversität in Europa weiterhin in rasantem Ausmaß verloren, und die industrialisierte Landwirtschaft ist für einen unvermindert hohen Anteil der klimaschädlichen Gase verantwortlich. Zudem nehmen die Ausgaben für ernährungsbedingte Krankheiten in Europa zu. Und nicht zuletzt leistet die GAP in ihrer derzeitigen Form keinen Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) – im Gegenteil.

Angesichts sinkender Budgets, nicht zuletzt durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, und der Besorgnis über die negativen Konsequenzen der industriellen Landwirtschaft fragen sich immer mehr Politiker*innen wie auch Steuerzahler*innen, ob es weiterhin gerechtfertigt ist, ein Drittel des EU-Haushalts in eine Gemeinsame Agrarpolitik zu stecken, die die Herausforderungen und Schwierigkeiten, vor denen Europas Landwirtschaft steht, nicht bewältigen kann. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik könnte also deren gesellschaftliche Legitimität wiederherstellen.

Anfang Juni 2018 hat Agrarkommissar Phil Hogan seinen Vorschlag für die Agrarpolitik nach 2020 präsentiert. Hogans Papier ist enttäu-

schend. Nicht, dass sich kritische zivilgesellschaftliche Organisationen, Bäuer*innenbewegungen und progressive politische Parteien große Hoffnungen gemacht hätten – was will man* schon von einem neoliberalen Kommissar aus einem Agrarexportland wie Irland erwarten?

Dennoch sind die Vorschläge, vor allem im Detail, ernüchternd. Würden sie eins zu eins umgesetzt, wäre die Landwirtschaft in der EU auf einem Hochgeschwindigkeitszug in Richtung Agrarindustrie unterwegs. Mit im Gepäck hat sie Renationalisierung, eine aggressive Exportagenda und Blankoschecks für die Agrarindustrie. Zudem wäre auch die zukünftige GAP unvereinbar mit anderen Politikbereichen der EU, insbesondere mit der Entwicklungs- und Umweltpolitik.

Exportieren um jeden Preis

Phil Hogan kommt aus Irland – einem Land, das auf intensive Produktion und Exportlandwirtschaft setzt. Der Vorschlag für die neue GAP scheint sich am irischen Modell zu orientieren. Die EU soll weiterhin als riesige Milch- und Fleischfabrik fungieren, die mittels importierter Futtermittel und einer extremen Ressourcenverschwendung Millionen Tonnen Milch und Fleisch produziert und zu einem beträchtlichen Teil wieder in alle Teile der Welt verschifft.

Die europäischen Bäuer*innen werden immer mehr zu Statist*innen in diesem zerstörerischen Modell. Die unweigerlich negativen Konsequenzen für den Globalen Süden werden kleingeredet oder ignoriert. Eine GAP, die den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist, muss diese Exportagenda zu den Akten legen und sich auf die Erzeugung von guten Lebensmitteln für die europäischen Bürger*innen konzentrieren.

Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen

Hogans Vorschlag wird der Förderung zerstörerischer Bewirtschaftungsweisen von zumeist großen Betrieben keinen Einhalt gebieten. Hektar-basierte Direktzahlungen ohne nennenswerte Anforderungen werden weiterhin einen Großteil des Agrarhaushalts ausmachen, und dies



geht unweigerlich zulasten von kleineren und vielfältig wirtschaftenden Betrieben. Indem ökologische Leistungen zum Großteil freiwillig bleiben, stellt Hogan der Agrarindustrie einen Persilschein aus. So kann und darf es aber nicht weitergehen.

Seit vielen Jahren fordern Bürger*innen aus der kritischen Zivilgesellschaft, dass Steuergeld ausschließlich für eine Form der Landwirtschaft eingesetzt werden soll, die den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht – also für die Erzeugung von gesunden und hochwertigen Lebensmitteln unter Wahrung des ökologischen Gleichgewichts und sozialer Gerechtigkeit, in Europa und global.

Politikkohärenz – ein Fremdwort

Die EU hat sich zur Kohärenz, also Vereinbarkeit ihrer Politikfelder mit den Interessen von Entwicklung, verpflichtet. Dies bedeutet, dass Entwicklungsziele durch andere Politikbereiche unterstützt werden müssen bzw. dass politisches Handeln entwicklungspolitischen Zielen nicht zuwiderlaufen darf („do no harm“). Betrachtet man* die GAP der letzten Jahrzehnte und auch die aktuellen Reformvorschläge, dann ist diese Kohärenz leider kaum gegeben.

In der derzeit im EU-Parlament laufenden Debatte versuchen progressive Gruppierungen beinahe schon verzweifelt, auf die Unvereinbarkeit der GAP mit den SDGs (Nachhaltigen Entwicklungszielen) hinzuweisen und an einer Agrarpolitik zu arbeiten, die auf der Einhaltung von Menschenrechten und auf Ernährungssouveränität basiert. Solange die Interessen der Agrar- und Lebensmittelindustrie jedoch im Zentrum der Aufmerksamkeit der politischen Akteure stehen, wird Politikkohärenz nicht zu verwirklichen sein.

Frauen*rechte – who cares?

In vielen Regionen der Welt, und ganz besonders in Afrika, produzieren Frauen* bis zu 90 Prozent der Grundnahrungsmittel. Ihre Existenzperspektiven werden jedoch durch zahlreiche

rechtliche und soziokulturelle Hindernisse beschränkt. Frauen* haben seltener Zugang zu Land, zu Wissen, angepassten Technologien und Krediten, zu Saatgut und Märkten. Und sie sind die ersten Leidtragenden einer auf Export beruhenden europäischen Agrarpolitik, weil ihre regionalen Absatzmärkte durch die subventionierten europäischen Produkte gestört bzw. auch zerstört werden.

Die EU-Institutionen müssten im Sinne der Politikkohärenz deswegen systematisch überprüfen, wie sich die GAP auf die Frauen*rechte im Globalen Süden auswirkt, und die GAP dann dementsprechend verändern. Leider hat es den Anschein, dass Frauen* und ihre Rechte von der EU-Agrarpolitik auch weiterhin völlig ignoriert werden. Ein Paradigmenwechsel hin zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft ist von agrarpolitischer Ebene derzeit also leider nicht zu erwarten. Gleichzeitig entstehen in ganz Europa Initiativen, die einen fundamental anderen Ansatz in der Lebensmittelproduktion und -verteilung verwirklichen. Solidarische Landwirtschaft, Urban Gardening, Lebensmittelkooperativen etc. sind das Gegenstück zu einer industrialisierten und auf Ausbeutung von Mensch, Tier und Umwelt beruhenden Mainstream-Landwirtschaft. Neben dem Aufbau solcher richtungsweisender Alternativen werden aber gesellschaftlicher Druck und vor allem Widerstand bzw. Forderungen von Seiten der Bürger*innen notwendig sein, wenn die Gemeinsame Agrarpolitik in Europa und global einen positiven Beitrag zur Entwicklung und zur Wahrung des Rechts auf Nahrung leisten soll.

Zur Autorin: Irmi Salzer ist Biobäuerin im Südburgenland und war langjährige Mitarbeiterin der ÖBV-Via Campesina Austria. Derzeit ist sie Agrarpolitische Referentin des Grünen EU-Abgeordneten Thomas Waitz.



MILCH REIST NICHT GERNE, MILCHPULVER UMSO MEHR

Agrarsubventionen und ihre Folgen für Kleinbäuerinnen in Burkina Faso

Aleksandra Kolodziejczyk

In Burkina Faso liegt die lokale Milchproduktion und ihre Verarbeitung in Frauenhänden. Billige Milchpulverimporte aus der EU kosten die Frauen Arbeitsplätze und Einkommen und verhindern den Aufbau eines lokalen Milchmarktes.

In Burkina Faso werden 90 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Kleinstmolkereien und Viehbetriebe von Frauen geführt. Milch bedeutet Arbeitsplätze und Einkommen. Vor allem Frauen aus der Bevölkerungsgruppe der Peulh sind in der Milchproduktion und ihrer Verarbeitung tätig. Über Generationen hinweg betreiben sie traditionelle Viehhaltung und erzeugen Milch und Fleisch von Rindern, Schafen und Ziegen.

Aus Sauermilch und Kolbenhirse stellen Frauen der Peulh das beliebte Gericht Dégué her oder verkaufen Joghurt auf den lokalen Märkten Burkina Fasos. Für beides verwenden sie vorwiegend wiederaufbereitete Milch aus importiertem Milchpulver, das sie vor Ort in seinen flüssigen Zustand zurückversetzen. Wieso die Peulh-Frauen nicht zu lokal hergestellter

Frischmilch greifen, hat Gründe, die sich auch auf die europäische Agrarpolitik zurückführen lassen.

Milchpulver aus Europa

Die Nachfrage nach Milch und Milchprodukten steigt in Burkina Faso zwar stetig an, führt aber nicht zu einer Stärkung der lokalen Milchproduktion und der lokalen Milchbäuerinnen. Der Mehrbedarf wird nach wie vor durch Importe von Milchpulver gedeckt. Werden in Burkina Faso mehr Milch und Milchprodukte nachgefragt als lokal produziert, so stellt sich die Situation in Europa genau umgekehrt dar. Bereits in den 1970er Jahren wurde in der EU mehr als jene Milchmenge produziert, die für den Eigenbedarf benötigt wird. Der Überschuss wird seitdem exportiert. Hohe Subventionen ermöglichen es großen europäischen Produzent_innen, ihre Milchprodukte, meistens in Form von Milchpulver, zu niedrigen Preisen in Ländern des Globalen Südens abzusetzen. Das hat weitreichende Folgen.

Lokale Frischmilch kostet um zwei Drittel mehr als aus importiertem Milchpulver hergestellte Milch. So kostet der in Burkina Faso erzeugte Liter Milch im Schnitt 91 Cent, die

aus importiertem Milchpulver hergestellte Trinkmilch kostet hingegen umgerechnet nur 34 Cent.¹ Das führt dazu, dass viele kleine Milchverarbeiter_innen und Kleinstmolkereien Dégué und Joghurt ausschließlich mit importiertem Milchpulver herstellen müssen, um es gewinnbringend verkaufen zu können. Sie leiden zudem unter den schwankenden Weltmarktpreisen für Milchpulver, die existenzbedrohend sein können.

Teure Frischmilch

Milchpulver ist in Burkina Faso das wichtigste Importprodukt im Milchbereich und Europa sein größter Exporteur. Die billigen Milchpulverimporte aus der EU verdrängen nicht nur lokale Milchproduzentinnen vom burkinischen Markt, sondern verhindern auch den Aufbau einer lokalen Milchproduktion. 85 Prozent der Bevölkerung in Burkina Faso sind in der Landwirtschaft und der Viehzucht tätig, und die Nachfrage nach Milchprodukten steigt. Das Potenzial für die Entfaltung einer kleinbäuerlichen Milchwirtschaft ist groß und wird von der Welternährungsorganisation sogar als ein Weg zur Beseitigung von Hunger und Armut gesehen.

Was neben dem Preisdumping durch Milchpulverimporte den Aufbau einer lokalen Marktwirtschaft verhindert, sind fehlende staatliche Investitionen in kleinbäuerliche Strukturen. Der burkinische Staat investiert lieber in den industriellen Milchsektor, der jedoch bislang nur 5 Prozent der Gesamtproduktion ausmacht. Investitionen und Programme zur Stärkung kleinbäuerlicher Milchproduzent_innen, wie der Peulh, wären jedoch dringend notwendig.

So schwankt die produzierte Milchmenge von burkinischen Viehzüchter_innen über das Jahr hinweg stark. Während der Trockenzeit, in den Monaten März und April, kann sich die gewonnene Milchmenge sogar von drei auf einen Viertelliter pro Tag reduzieren. Die vorwiegend weiblichen Bäuerinnen haben nämlich während der Trockenzeit zu wenig Futtermittel, um die Tiere ausreichend zu ernähren, und es fehlt an regelmäßiger gesundheitlicher Versorgung der Tiere. So können Milchverarbeiter_innen – auch wenn sie es wollten – nicht durchge-

hend auf Frischmilch zurückgreifen. Die Produktion von lokaler Milch wird auch durch das Fehlen von stabilen und sicheren Absatzmärkten, mangelnder Infrastruktur und fehlender Preisstabilität gedrosselt. In der 2012 von MISEREOR durchgeführten Studie bringt es die Dorfältteste aus einer Peulh-Gemeinde auf den Punkt (ihr Name wird in der Studie nicht erwähnt): „Auch heute könnten wir das ganze Jahr über Milch produzieren, wenn wir sicher wären, sie auch gewinnbringend verkaufen zu können. Aber wir können es nicht riskieren, Geld für das Futter unserer Kühe auszugeben, wenn wir nicht sicher sind, dass wir unsere Milch auch verkauft bekommen.“²

Höhere Zölle auf Milchpulver

Kleinbäuer_innen in Burkina Faso werden in ihrer Existenz somit auf zwei verschiedenen Fronten bedroht – von der Regierung, die auf die Förderung des industriellen Milchsektors setzt, und von den Milchimporten aus der EU. Die burkinische Nationale Union der Kleinstmolkereien und lokalen Milchproduzent_innen setzt sich für die Stärkung der kleinbäuerlichen Strukturen ein. Ihre Milchprodukte vertreiben sie unter der Marke FaireFaso und fordern eine Anhebung des Zolls auf Milchpulverimporte von fünf auf 35 Prozent. Diese Forderung steht jedoch im Widerspruch mit dem unterzeichneten, aber noch nicht rati-

fizierten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements) mit der EU – das die Erhöhung bestehender und die Einführung neuer Importzölle ausschließt, was die Abhängigkeit von Burkina Fasos Milchwirtschaft von Milchpulverimporten zementieren würde.

Auch die Gemeinsame Agrarpolitik der EU hat in den letzten Jahren zu einer Verschärfung beigetragen. Die 2015 durchgeführte Abschaffung der Milchquote, die den Überschuss der Milchproduktion in der EU auf 10 Prozent limitierte, hat den Milchpulverberg rasant wachsen und die Milchpreise verfallen lassen. Das hatte auch Auswirkungen auf die Kleinbäuer_innen in Europa, von denen viele ihre Produktion aufgeben mussten. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU steht nun vor ihrer nächsten Reform. Ob sie positive Veränderungen für Kleinbäuer_innen in Burkina Faso und Europa mit sich bringen wird, ist fraglich.

Anmerkungen: 1 Studie von AGGV (2017): Die Unfaire Milch – Agrar- und Entwicklungspolitik im Widerspruch? www.globaleverantwortung.at/die-unfaire-milch-agrar-und-entwicklungspolitik-im-widerspruch/ // 2 Studie von MISEREOR aus 2012: Die Milch macht's: Kleinbäuerliche Milchproduktion in Burkina Faso und die Auswirkungen instabiler Weltmarktpreise www.misereor.de/fileadmin/publikationen/studie-die-milch-machts-2012.pdf

Zur Autorin: Aleksandra Kolodziejczyk arbeitet bei „Brot für die Welt“ als entwicklungspolitische Referentin und lebt in Wien.



GEFÄHRLICHE ARBEITSPLÄTZE

Migrantische Saisonarbeiterinnen in der europäischen Landwirtschaft

Laut der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) müssen Landwirtschaftsbetriebe zwar ökologische Standards erfüllen, um Subventionen zu erhalten, nicht aber soziale. Gewerkschaftliche Kampagnen zeigen auf, dass sich im herrschenden Sozialdumping migrantische Saisonarbeiterinnen am untersten Ende der „Nahrungskette“ befinden.

Anna Fierz

Gewerkschaften

Die europäische Landwirtschaft ist im Wandel. Zwischen 2003 und 2013 hat ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe aufgegeben, und ihre Nutzflächen übernahmen andere. Heute betreiben 3,1 Prozent der Betriebe mehr als die Hälfte des Agrarlandes. Vor allem diese Intensivbetriebe sind es, die den Arbeitsmarkt für migrantische Saisonarbeiter_innen in seiner heutigen Form geschaffen haben. Für sie gehören schwere Lebens- und Arbeitsbedingungen zum Alltag, und wie in vielen anderen Arbeitsbereichen auch sind vor allem Frauen (strukturellen) Schwierigkeiten und Diskriminierungen betroffen.

Die Arbeitnehmer_innen-Organisation EFFAT (European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions) ist ein Zusammenschluss der europäischen Nahrungsmittel-, Landwirtschafts- und Tourismusgewerkschaften. Seit dem Jahr 2000 vertritt EFFAT als europäische Dachorganisation 120 nationale Gewerkschaften aus 35 europäischen Ländern – und somit die Interessen von mehr als 22 Mio. Menschen – gegenüber europäischen Industrieverbänden, Institutionen und Unternehmensleitungen.¹ Jugendarbeit, Migration und schwerpunktmäßig die prekären Arbeitsbedingungen sind die Themen, um die EFFAT sich kümmert. In der Landwirt-

schaft und dort vorwiegend in der saisonalen Arbeit ist EFFAT bemüht, die Interessen der Migrantinnen und Migranten zu vertreten, im Wissen, dass besonders die Frauen zu den verletzlichsten Gruppen auf diesem Arbeitsmarkt zählen.

Landwirtschaftlichen Betrieben wird immer wieder vorgeworfen, mit ausbeuterischen Strategien finanzielle und soziale Notlagen und Unsicherheiten auszunutzen. Laut der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) müssen Landwirtschaftsbetriebe ökologische Standards erfüllen, um EU-Subventionen zu erhalten, nicht aber soziale Standards.

Dazu kommt, dass auch die national vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen bisweilen auf der Landwirtschaftsebene nicht umgesetzt werden. Die staatlichen Regulationen des jeweiligen Landes haben also oft nichts mit der Realität der Saisonarbeiter_innen zu tun.

Profiteure

Im Arbeitsalltag der Saisonarbeiter_innen werden die formellen Regulierungen, Gesetze und Maßnahmen der Behörden von informellen Vereinbarungen unterwandert. Die Dynamiken der migrantischen Saisonarbeit sind daher oftmals eher inoffiziell und spontan. Zum Beispiel geschieht die Arbeitsvermittlung vielfach individuell über soziale Netzwerke wie Familien oder Bekanntenkreise. Diese informellen Aspekte spiegeln sich auch im Temporären und Prekären der Arbeit wieder. Bürokratische Angelegenheiten werden von den Vorgesetzten erledigt, so beispielsweise die vom Lohn abgezogenen Steuern. Folglich wird der Lohn auch viel eher festgelegt als verhandelt, und es herrscht eine Willkür sondergleichen. Weil die landwirtschaftlichen Betriebe auf dem Markt immer weniger Geld für ihre Ware bekommen, wird Druck auf die Saisonarbeiter_innen ausgeübt. In der Gemüseproduktion wird unter Umständen eine Bezahlung pro Stück (alternativ zum Stundenlohn) angewendet. Die Leistungskontrolle durch

die Arbeitgeber_innen soll so einfacher funktionieren, für die Saisonarbeiter_innen bedeutet Bezahlung pro Stück allerdings ein verschärftes Arbeitstempo, um auf dieselbe Summe zu kommen wie beim Stundenlohn.

Bei der Saisonarbeit geht es um die untersten Positionen auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt, und die migrantischen Saisonarbeiter_innen sind wichtige Arbeitskräfte, die den Profit der Betriebe erst richtig rentabel machen.

Im Vergleich zum Mindestlohn im jeweiligen Land beträgt der Lohn der Saisonarbeiter_innen meistens nur rund ein Drittel oder ein Viertel. Wobei in den von der EFFAT beobachteten Sektoren Nahrungsmittelproduktion, Landwirtschaft und Tourismus Frauen noch einmal bis zu 29 Prozent weniger Lohn erhalten.

Die Löhne der Saisonarbeiter_innen sind im Vergleich zu jenen in ihren Herkunftsländern dennoch höher. Das könnte ein Grund dafür sein, dass unter ihnen starke Unklarheit und Unsicherheit herrscht, was die adäquate Lohnhöhe wäre. Der Kampf um höhere Löhne wiederum ist riskant, wie auch EFFAT aufzeigt, denn die Angst, wegen Schwangerschaft oder Krankheit einfach ausgetauscht zu werden, oder Entlassungen wegen fortgeschrittenen Alters sind in der industriellen Landwirtschaft keine Seltenheit. Und selbst wenn die Saisonarbeiter_innen über ihre Rechte Bescheid wissen, befinden sie sich in der schwächeren Verhandlungsposition – aufgrund von Sprachbarrieren und dem eingeschränkten sozialen und kulturellen Kapital, denn sie haben meist nur wenige Kontakte innerhalb des Landes, in dem sie arbeiten. Dazu kommen fehlende Aufstiegs- und Ausbildungsmöglichkeiten und ungenügender Sozialversicherungsschutz.

Kampagnen!

In Österreich ist es die Produktionsgewerkschaft PRO-GE, die seit Sommer 2014 die Aufklärungskampagne SEZONIERI² führt, um der Ausbeutung in der Landwirtschaft entgegenzu-

wirken. Die Kampagne hat das Ziel, Erntehelfer_innen über ihre Rechte zu informieren und dafür zu sorgen, „dass wenigstens die bestehenden rechtlichen Regeln, insbesondere betreffend Bezahlung, menschenwürdige Behandlung und Unterbringung sowie Arbeitsschutz eingehalten werden“. Aktivist_innen von SEZONIERI besuchen die Saisonarbeiter_innen direkt auf den Feldern und versorgen sie mit vielsprachigem Informationsmaterial über ihre Rechte, wie z.B. die Höhe des ihnen je nach Bundesland zustehenden Mindestlohns.

Frauen in der Saisonarbeit sind über die schlechtere Bezahlung hinaus auch vielfach verbalen und körperlichen sexuellen Übergriffen durch bäuerliche Arbeitgeber ausgesetzt. In Anlehnung an #MeToo lancierte EFFAT im vergangenen November deshalb die Kampagne #StopGBVatWork, also „Stop Gender Based Violence at Work“, und machte darauf aufmerksam, wie gefährlich Arbeitsplätze in der landwirtschaftlichen Saisonarbeit für Frauen oft sind.

Allen diesen Kampagnen geht es um mehr Sichtbarkeit für die migrantischen Saisonarbeiter_innen und um mehr Bewusstsein – bei den Arbeiter_innen dafür, dass sie Rechte haben, und bei den Konsument_innen dafür, sich für den „sozialen Preis“ ihrer frisch geernteten Lebensmittel zu interessieren.

Anmerkung: ¹ www.effat.org/en // ² www.sezonieri.at

Lesetipps: Sezonieri-Kampagne für die Rechte von Erntehelfer_innen in Österreich: Willkommen bei der Erdbeernte! Ihr Mindestlohn beträgt... Gewerkschaftliche Organisation in der migrantischen Landarbeit – ein internationaler Vergleich. Download: www.sezonieri.at/wp-content/uploads/2018/02/Willkommen_bei_der_Erdbeernte.pdf // Agrar-Atlas 2019. Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft. Österreichische Ausgabe: www.global2000.at/sites/global/files/Agrar-Atlas-2019.pdf

Zur Autorin: Anna Fierz studiert Kultur- und Sozialanthropologie an den Universitäten Bern und Wien. Als Radiomacherin ist sie bei der Sendereihe „Globale Dialoge – Women on Air“ tätig.



MEHR BÄUERINNEN BRAUCHT DAS LAND!

Warum wir Rechte für Kleinbäuerinnen und -bauern brauchen



Julianna Fehlinger

Wir leben in einer Welt der boomenden Städte, die ländlichen Regionen geraten zunehmend aufs Abstellgleis. Doch es rumort auf dem Land: Bäuerinnen und Bauern setzen sich für ihre Rechte ein, und sie haben jetzt eine starke Stimme bekommen.

Ich bin auf meinem Weg zur „Wir haben es satt!“-Demo in Berlin, der lautesten Stimme der Zivilgesellschaft für eine Agrarwende in Europa. Denn die Agrarpolitik der EU fördert das Höfesterben, statt vielfältige und ökologische Strukturen zu unterstützen. Dieses Jahr gibt es einen eigenen Block von Frauen aus der Landwirtschaft unter dem Titel: „Jungbäuerinnen an die Macht, dass es in den Dörfern lacht und kracht!“ Die Frauen setzen sich für gerechte Arbeitsteilung sowie Anerkennung von Care-Arbeit ein und erklären sich mit Erntehelfer*innen und Kleinbäuer*innen weltweit solidarisch. Mit dem Traktor durch Berlin zu rollen setzt dafür auch ein klares Zeichen: Es sind nicht nur Männer, die am (Traktor-)Steuer sitzen können.

Das Land braucht seine Höfe

Jene Bäuerinnen und Bauern, die ihre Stimmen bei einer Demo wie „Wir haben es satt!“ erheben, setzen einen mutigen Schritt. Sie machen ihrem Unmut über die Verhältnisse in der

Landwirtschaft Luft und nehmen den Druck des „Wachsen oder Weichen“ nicht als Schicksal hin. Auch in Österreich mussten in den letzten sieben Jahren mehr als 19.000 Höfe ihre Tore schließen, damit schließt alle drei Stunden ein bäuerlicher Betrieb. Unsere Agrarpolitiker*innen erklären das zu einem unausweichlichen Ergebnis des globalen Wettbewerbs in der Landwirtschaft.

Die Bevorzugung der Großbetriebe durch die EU-Agrarsubventionen wird dabei gerne verschwiegen. 80 Prozent der Agrarförderungen gehen an nur 20 Prozent der Betriebe. Mit jedem Betrieb, der geschlossen wird, geht aber auch ein Stück Leben auf dem Land verloren. Hinzu kommt die Konzentration von Verarbeitungsbetrieben wie Bäckereien, Fleischereien, Molkereien und des Einzelhandels – eine Konzentration, die längst den gesamten Markt erfasst hat und die regionalen Wirtschaftskreisläufe zerschneidet.

Warum wandern besonders die Frauen ab?

Gerade für junge Frauen in Europa wird es immer unattraktiver, nach einer Ausbildung aufs Land zurückzukehren oder sich für ein Leben am Land und in der Landwirtschaft zu entscheiden. Die Landflucht von Frauen ist vor allem den unzureichenden attraktiven Arbeitsplätzen und der mangelnden Infrastruktur geschuldet, wie Kinderbetreuungsplätzen (auch

am Nachmittag) oder öffentlichen Verkehrsverbindungen, um nicht auf „Mama-Taxis“ angewiesen zu sein. Frauen fliehen aber auch vor den traditionellen Rollenbildern am Land.

Mehr Bäuerinnen braucht das Land

Viele Studien zeigen jedoch, dass in einer vielfältigen und „enkeltauglichen“ Landwirtschaft Arbeitsplätze geschaffen werden, die für Frauen besonders attraktiv sind. Da sich diese Form der Landwirtschaft an lokalen Wirtschaftskreisläufen orientiert, statt sich auf die Exportmärkte zu stützen, fördert sie auch die praktische Solidarität mit Bauern und Bäuerinnen aus Ländern des Globalen Südens. Durch diese kreislaufgebundene Landwirtschaft, die auf Futtermittelimporte verzichtet, werden Milch- und Fleischüberschüsse erst gar nicht produziert.

Um ein gutes Einkommen für Bäuerinnen und Bauern in Nord wie Süd zu ermöglichen, braucht es jedoch solidarische Handelsbeziehungen, die den Standortwettbewerb und die Preisspirale nach unten durchbrechen. Um den zunehmenden Herausforderungen durch die Klimakrise zu begegnen, leisten die klein strukturierten Höfe einen ebenso wichtigen Beitrag: Sie setzen kaum energieintensive Düngemittel ein, bauen enge Beziehungen zu den Kund*innen auf und setzen auf klimaschonende Bewirtschaftungsmethoden.

Doch der Trend in der Landwirtschaft geht in eine andere Richtung. Die Erosion der bäuerlichen Strukturen und der damit verknüpften regionalen Wirtschaftskreisläufe trägt wesentlich zum Verlust von guten Lebensbedingungen auf dem Land bei.

Kleinbäuerinnen und -bauern haben Rechte

Seit Dezember 2018 haben Kleinbäuerinnen und -bauern weltweit jedoch ein neues Instrument in Händen, das sie dabei unterstützt, für ihre Rechte einzutreten. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat für eine Deklaration¹ für die Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten, gestimmt. Dieser historische Erfolg ist der weltweiten Bewegung von Kleinbäuerinnen und -bauern La Via Campesina und anderen unterstützenden Organisationen wie FIAN (Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung) zu verdanken. Gerade in ländlichen Regionen sind Menschenrechtsverletzungen häufig, da die Interessen der Agrarindustrie oder anderer mächtiger Akteure durchgesetzt werden, ohne auf die Lebenswelten der lokalen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.

Die weltweite Bewegung La Via Campesina macht es möglich, dass sich Bauern und Bäuerinnen aus dem Globalen Süden wie Norden begegnen und solidarische Formen des Austauschs finden. Im Rahmen dieser Diskussionsprozesse und Begegnungen ist bereits 1996 die Idee entstanden, eine Menschenrechtsdeklaration für die Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern zu verankern, um Kleinbäuer*innen vor Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierung zu schützen. Bolivien hat auf

Grundlage eines Entwurfs von La Via Campesina den Prozess für eine Deklaration innerhalb der UNO angestoßen, der nach zähen Verhandlungen und trotz teilweiser Ablehnung von europäischen Ländern und anderen Ländern des Globalen Nordens mit Dezember 2018 verabschiedet wurde.

... in Süd und Nord

In der Deklaration werden Rechte festgeschrieben, die es Menschen in der Landwirtschaft ermöglichen, sich politisch zu organisieren, ohne dafür angegriffen oder kriminalisiert zu werden. Ebenso fordert die Deklaration ein, dass Kleinbäuerinnen und -bauern ein Recht auf Land und Saatgut zugesichert sowie ein ausreichendes Einkommen aus der Landwirtschaft ermöglicht werden muss.

Die Deklaration schreibt auch die Rechte von Frauen fest, frei von Diskriminierung leben zu können, sowohl ökonomisch als auch sozial und politisch. Damit kann die Deklaration in Zukunft als Werkzeug für die Durchsetzung von besseren Lebensbedingungen für Menschen in ländlichen Regionen dienen – nicht nur im Globalen Süden, sondern auch in Ländern des Globalen Nordens.

Von der österreichischen Politik wird immer wieder die Auffassung vertreten, die Verletzung der Rechte von Bäuerinnen und Bauern sei ausschließlich ein Phänomen des Globalen Südens. Gerade die Perspektive von Frauen in der Landwirtschaft zeigt jedoch, dass die Rechte von Kleinbäuer*innen im Globalen Süden nur dann respektiert werden können, wenn in Ländern wie Österreich eine Transformation hin zu einer vielfältigen, klein strukturierten und feministischen Landwirtschaft möglich gemacht wird.

Anmerkung: 1 Text der Deklaration: <http://undocs.org/A/C.3/73/L.30>

Webtipp: Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern stärken, <https://www.viacampesina.at/inhalte/baeuerliche-rechte/>

Zur Autorin: Julianna Fehlinger ist Geschäftsführerin der ÖBV-Via Campesina Austria, sie arbeitet immer wieder selbst in der Landwirtschaft und ist aktiv in der Bewegung für Ernährungssouveränität.



AUSWEGE AUS EINER STILLEN KATASTROPHE



Mit Empowerment von Frauen und Mädchen gelingt Entwicklungszusammenarbeit, die Nahrungsmittelsicherheit, Bildung und medizinische Versorgung zusammen denkt

Brita Pohl

Die Karnali-Region im Nordwesten Nepals ist seit Jahrzehnten Schauplatz einer „stillen Katastrophe“: Die Ernährungssituation besonders von Frauen und Kindern ist hochgradig prekär, der Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten schlecht. Ein Einblick in alternative Ansätze zur reinen Nothilfe.

Die Menschen in der Karnali-Region sagen oft resigniert, sie lebten nun einmal in einer „zurückgelassenen“ Gegend. Die Region ist eine der am wenigsten erschlossenen Gegenden Nepals, auf dem Landweg dauert die Reise dorthin von der Hauptstadt Kathmandu aus drei Tage. Straßen, so vorhanden, sind im Monsun und im Winter häufig unbefahrbar, die meisten Gemeinden sind ohnehin nur zu Fuß erreichbar.

Von der Erdbebenserie 2015 war Karnali zwar nicht betroffen, galt allerdings bereits zuvor auch innerhalb Nepals als extrem arme Region. Fast 95 Prozent der Haushalte leben von weniger als 2,5 Dollar pro Tag, praktisch die gesamte Bevölkerung betreibt Subsistenzlandwirtschaft. Dabei leiden die Bäuer_innen in dieser ohnehin trockenen und harschen Gegend auch immer wieder unter Dürrekatastrophen, nicht zuletzt aufgrund des Klimawandels.

Extreme Frauenarmut bekämpfen ...

Unter diesen prekären Lebensumständen leiden Frauen und Kinder ganz besonders: Frauen sind überdurchschnittlich von Mangelernährung, Anämie und Untergewicht betroffen, u.a. deshalb, weil sie als Ehefrauen bzw. Schwiegertöchter in einem Haushalt in Nepal traditionell zuletzt essen. Die Müttersterblichkeit liegt bei mindestens 500 pro 100.000 Geburten. Knapp drei Viertel der Frauen werden im Alter von 13 bis 19 Jahren verheiratet, fast zwei Prozent sogar vor dem 13. Lebensjahr. Die Alphabetisierungsrate in Karnali liegt mit knapp über 50 Prozent weit unter dem nationalen Durchschnitt, bei Frauen noch einmal deutlich niedriger. Viele Haushalte werden von Frauen geführt, da die Männer ständig oder einen Teil des Jahres in Indien oder im Mittleren Osten arbeiten. Die Frauen machen so nicht nur ihre traditionellen Arbeiten – Versorgung von Kindern und Vieh, Kochen, Futter und Holz sammeln und Wasser holen, sondern zusätzlich noch die Arbeit der Männer.

... ohne unnötige Abhängigkeiten ...

In Karnali wird die Ambivalenz zwischen Nothilfe und nachhaltiger Entwicklung besonders deutlich: Bereits seit den 1970er Jahren liefert das World Food Programme (WFP) immer wieder Nahrungsmittel, um akuten

Hunger zu lindern. Diese Nahrungsmittellieferungen bestehen meist aus weißem Reis, der vor Ort aufgrund des ungeeigneten Klimas kaum angebaut werden kann, aber ein prestigeträchtiges Nahrungsmittel ist. Das trug dazu bei, dass der Anbau von traditionellen lokalen Grundnahrungsmitteln wie Buchweizen, verschiedenen Hirsesorten und Hülsenfrüchten abnahm, was die Ernährungsunsicherheit noch verschärft.

Das WFP unterstützt in der Region zudem ein Regierungsprogramm zur Bekämpfung von Unter- und Mangelernährung bei Schwangeren und Kindern: Das setzt aber einerseits den Zugang zu Gesundheitsdiensten voraus, andererseits erzeugt es wiederum unnötige Abhängigkeiten, obwohl die Zutaten für Superflour (sarbottam lito), einer nährstoffreichen Getreidemischung als Abstillnahrung, auch lokal verfügbar wären. Die Ergänzungsnahrung wird jedoch weder lokal noch regional angekauft, sondern in Europa, der Türkei oder in Indien. Eine langfristige und vor allem nachhaltige Veränderung der Situation bewirkt all das nicht.

Eine rein lokal getragene Veränderung, etwa über Fraueninitiativen, erscheint aufgrund der weiten Wege und der harten täglichen Arbeit sowie der Gesellschaftsstrukturen unwahrscheinlich. Die neue nepalesische Verfassung schreibt zwar vor, dass Frauen in den lokalen Regierungen vertreten sein müssen, aber oft verhindern die patriarchalen Strukturen, dass Frauen auch tatsächlich mitreden können. Aus all diesen Gründen ist das Empowerment von Frauen und Mädchen ein wichtiges Anliegen.

... mit Empowerment!

PHASE Nepal, die Partnerorganisation von PHASE Austria¹, ist in Karnali seit 2009 aktiv und betreibt ein integriertes Programm, mit dem sowohl der Zugang zu guter medizinischer Versorgung, insbesondere für Schwangere und Kleinkinder, als auch die Bildungssituation und die landwirtschaftliche Produktion verbessert werden sollen, da keines dieser Probleme isoliert zu

betrachten ist: So tragen Bildung und Bewusstseins-schaffung zum Empowerment der Frauen und zur Verbesserung der Ernährung von Kleinkindern bei. Darüber hinaus zur Sicherung und Diversifizierung der lokalen Ernte – im Idealfall mit Überschüssen für lokale Märkte. So wird die Ernährungssituation von Kindern und Frauen durch größere Verfügbarkeit von nährstoffreichem Gemüse und Proteinen verbessert und ermöglicht den Bäuer_innen ein dringend benötigtes Zusatzeinkommen.

Frauenalphabetisierung wiederum stärkt das Selbstbewusstsein der Frauen und damit ihre Partizipation und initiiert oder vertieft damit gesellschaftliche Veränderung. Insgesamt setzen die Projekte auf eine Kombination aus materieller Unterstützung, die angesichts der Armut notwendig ist, und der Schaffung von Bewusstsein und Vermittlung von Wissen, um Veränderungen auch nachhaltig zu verankern. Dabei unterstützt PHASE Regierungs-Gesundheitsposten mit qualifizierten Auxiliary Nurse Midwives. Diese machen im Gegensatz zum Regierungspersonal auch aufsuchende Arbeit, bieten Hausbesuche und Hygieneerziehung in Schulen an, vermitteln Kleingruppen z.B. die Zubereitung von Abstillnahrung und arbeiten eng mit den Mitarbeiter_innen der beiden anderen Programmsäulen – Bildung und Ernährung sowie Einkommen – zusammen.

Die Bildungsarbeit umfasst Frauenalphabetisierung, Fortbildung von Lehrer_innen, Bekämpfung von Schulabbrüchen und spezielle Empowerment-Trainings für Frauen und Mädchen, immer in enger Verzahnung mit dem Gesundheitsprojekt, etwa durch Hygieneunterricht in Schulen oder Aufklärung über Menstruation und Monatshygiene.

Im Landwirtschaftsprojekt unterstützt PHASE ausgewählte Bäuerinnen aus den am stärksten benachteiligten Gruppen mit Trainings und Material für Gemüseanbau in Gewächshäusern, um den Wasserbedarf zu verringern und das ganze Jahr über frisches Gemüse



Foto oben: Gesundheitsposten in Karnali.

Foto unten: Das „Superflour“ des WFP.

produzieren zu können, für die eigene Saatgutproduktion, Verbesserungen bei Hühner- und Ziegenzucht, aber auch für biologische Schädlingsbekämpfung oder mit Walnussetzlingen – um die Menschen insgesamt, ohne wieder langfristige Abhängigkeiten zu erzeugen, dazu zu befähigen, ihre Familien besser zu ernähren und damit auch die notwendigen Spielräume für eine nachhaltige gesellschaftliche Veränderung zu eröffnen.

Anmerkung: 1 Practical Help Achieving Self Empowerment (PHASE) wurde in Nepal 2006 von einer Gruppe nepalesischer Entwicklungsexpert_innen, Ärzt_innen, Jurist_innen und Geschäftsleuten mit dem Ziel gegründet, in stark benachteiligten ländlichen Gemeinden einen integrierten Entwicklungsansatz zu implementieren. 2009 folgte die Gründung einer Partnerorganisation in Österreich.

Webtipps: <http://phasenepal.org/> // www.phaseaustria.org

Zur Autorin: Brita Pohl ist Gründungsmitglied und Vorsitzende von PHASE Austria. Seit mittlerweile zwölf Jahren arbeitet sie ehrenamtlich für die Organisation. In diesem Kontext setzt sie sich u. a. intensiv und kritisch mit Ansätzen der Entwicklungszusammenarbeit auseinander.



FÜR EINE NEUE LOGIK!

Agrarökologie als Instrument der feministischen Ermächtigung

In El Salvador ist die Situation ähnlich wie in den meisten Ländern des Globalen Südens: Es sind die Frauen, die ihre Familien mit Essen versorgen, die Felder bestellen, Wasser holen. Gibt es Versorgungskrisen bei Ernteausfall – und die gibt es oft –, sind es die Frauen, die diese Krisen meistern. Dennoch sind sie unterrepräsentiert, wenn es um den Zugang zu Produktionsressourcen geht. Ein Frauenprojekt in El Salvador setzt darum auf agrarökologische Ansätze und feministische Aufklärungsarbeit.

Melanie Oßberger

Alina Menjiva¹ von La Colectiva feminista, kurz: La Colectiva, einer feministischen Organisation in El Salvador, kennt die Nöte der betroffenen Frauen: „Das Wasser ist knapp, und die Frauen müssen es von weither holen. Es gibt immer wieder Ernteausfälle. Auf den Frauen, die die Familien versorgen müssen, lastet ein enormer Druck.“



Alina Menjiva

Die verfestigten patriarchalen Strukturen erlauben es den Frauen kaum, aus den traditionellen Rollenbildern auszurechnen. Die ökonomische Abhängigkeit von den Ehemännern verhindert zumeist, dass sie sich gegen Gewalt und Missbrauch zur Wehr setzen – Femizide sind in El Salvador an der Tagesordnung (2017: 468 Fälle²).

Nur 14 Prozent...

Die Situation der Frauen hat auch mit den bestehenden wirtschaftlichen Strukturen im Agrarbereich zu tun. Die Produktion von Lebensmitteln wird zwar oft von Frauen getragen, dennoch besitzen sie nur 14 Prozent des Landes in El Salvador. Nur 10 Prozent der Kredite werden an Frauen vergeben. Auch die weiteren Produktionsmittel sind fest in männlicher Hand – mit weitreichenden Folgen nicht nur für die Frauen. Es sind vornehmlich Männer, denen es möglich ist, Pestizide und Herbizide zu kaufen. Nicht nur belastet die Agrochemie Land und Klima und erhöht so die Anfälligkeit für Wasserknappheit und Unwetter, sie schädigt auch die Menschen.

„Wir sehen, dass immer mehr Menschen, die mit Agrochemie in Berührung kommen, erkranken. Die Frauen pflegen die erkrankten Angehörigen – oder erkrankenselbst“, erklärt Menjiva. Dazu kommt, dass das aktuelle industrielle Landwirtschaftsmodell den Fokus auf für den globalen Markt verwertbare und günstig zu produzierende, oft genetisch veränderte bzw. mit Agrochemie behandelte Lebensmittel legt, nicht auf nährstoffreiche, natürliche Sorten für den lokalen Markt. Das führt zu Mangelernährung mit allen ihren Folgen: Erblindung, Komplikationen bei Schwan-

gerschaften, bei Kindern eine erhöhte Sterblichkeitsrate sowie insgesamt eine schwächere Konstitution und erhöhte Anfälligkeit für Krankheiten, was wiederum Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten einschränkt. Das heißt, dass betroffene Frauen in einem generationsübergreifenden Kreislauf aus Diskriminierung – Armut – Mangel – Perspektivlosigkeit „gefangen“ sind.

Kampf auf allen Ebenen

Die Frauen müssen sich also nicht nur gegen geschlechterbasierte Diskriminierung wehren, sondern auch gegen die Dominanz der Agrarkonzerne, die die Abhängigkeit von den Männern und den globalen Märkten verstärkt, die Umwelt und somit die Lebensgrundlage nachhaltig zerstört und die Ernährungssituation prekariert. Dazu kommen Menschenrechtsverletzungen, die von Großkonzernen begangen werden (Landgrabbing, Sklaverei ähnliche Arbeitsbedingungen, Verfolgung von Gewerkschafter_innen und Aktivist_innen etc.).

Wie begegnen die Frauen in El Salvador dieser multiplen Herausforderung? Organisationen wie La Colectiva kämpfen für die Selbstermächtigung von Frauen und gegen das bestehende Wirtschaftssystem auf allen Ebenen. Sie stehen gegen die Straflosigkeit bei Femiziden genauso auf wie gegen den Versuch, das Wasser zu privatisieren³.

Sie fördern Kleinbäuer_innen und landwirtschaftliche Alternativen, die Ressourcen und Umwelt schonen und gesunde Lebensmittel anbauen. Das internationale Expert_innenkonsortium für nachhaltige Ernährungssysteme (IPES-Food) definiert Agrarökologie als „umfassende Logik

für die Neugestaltung von Agrarsystemen in einer Weise, die Biodiversität maximiert und die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Pflanzen und Spezies fördert. Dies sind Gesichtspunkte einer ganzheitlichen Strategie, um langfristige Fruchtbarkeit, gesunde Agrarökosysteme und sichere Lebensgrundlagen zu schaffen“. Es ist ein Sammelbegriff, der Wissenschaft, soziale und politische Bewegung und landwirtschaftliche Praxis zusammenfasst – für eine erfolgreiche Transformation des herrschenden Systems (zu dem es sich als Alternative klar abgrenzt) hin zu mehr Teilhabe, Ermächtigung, Vielfalt und Respekt.

Teilhabe, Ermächtigung, Vielfalt

Agrarökologie beinhaltet und schätzt – endlich – auch jahrzehntelange Praktiken von an Krisen gewöhnten Frauen: Frauen haben schon immer brachliegendes Land kultiviert, Gärten angelegt, Wildpflanzen gesammelt und durch ihr Wissen über richtige Lagerung und schonende Zubereitung essentielle Nährstoffe in den Nahrungsmitteln erhalten. In vielen Kulturen gelten Frauen als „Hüterinnen“ der Biodiversität. Der eingeschränkte Zugang zu Ressourcen und Macht, die ungerechte Verteilung von Lasten und Pflichten und die Not ließen die Frauen abseits der dominanten Produktionsweisen alternative Zugänge suchen, die das Potenzial haben, für ausreichend gesunde Ernährung für ihre Familien zu sorgen.

Beispiele aus vielen Ländern zeigen das Potenzial von Agrarökologie. Während bei Monokulturen meist der Ertrag pro Hektar gemessen wird, ist bei agrarökologischen Ansätzen die

Vielfalt entscheidend – und diese wird oft in mehreren „Etagen“ produziert (Baumfrüchte, Beerensträucher, Feldfrüchte, Weideland, Kräuter etc.). Das stabilisiert nicht nur Böden und Ökosysteme und sorgt für mehr Nährstoffe am Teller. Agrarökologische Landwirtschaft ist auch erwiesenermaßen resilienter gegen den Klimawandel – und trägt weniger dazu bei: Statt auf Agrochemie setzen die Bäuer_innen auf natürlichen Dünger und das symbiotische Zusammenspiel der verschiedenen Pflanzen. Viel Einsatz und Wissen ist dafür nötig. Agrarökologie bringt also auch Arbeit und fördert den Austausch und das Miteinander. Und die Begegnung auf Augenhöhe.

No more Agrobusiness

Eine Transformation der aktuellen Agrarpolitik, die Produktivitätssteigerung und Wettbewerb auf Kosten der Umwelt propagiert und Ungleichheiten fördert, ist unumgänglich. Die derzeit in Verhandlungen befindliche Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) wird – allen kritischen Stimmen zum Trotz – diese Richtung allerdings beibehalten. Das bedeutet: Kleinbäuer_innen – auch in Europa – werden zugunsten von Agrobusiness weiter an den Rand gedrängt, Alternativen zum agroindustriellen Modell klein gehalten, Auswirkungen der EU-Politik auf den Globalen Süden und die Umwelt kaum mitgedacht.

Was sich Menjiva und ihre feministischen Mitstreiterinnen wünschen: Mehr Problembewusstsein bei den Politiker_innen dieser Welt. Und: „Die Abschaffung von Patriarchat und Kapitalismus.“

Anmerkung: 1 Die Verwaltungs- und Gender-Expertin Alina Menjivar war auf Einladung von FIAN, WIDE und katholischer Frauenbewegung kfbö am 13. November 2018 in Wien. // **2** www.observatorioseguridad-ciudadanadelasmujeres.org/documentos/fem_2018-02-09_01.pdf // **3** <https://amerika21.de/2018/06/204934/wasser-salvador-privatisierung>

Lesetipps: FIAN Food First Magazin 2/2018; <https://fian.at/de/publikationen/foodfirst-magazin> // Broschüren von FIAN: <https://fian.at/de/publikationen/bestellen-download>

Zur Autorin: Melanie Oßberger ist Referentin für Menschenrechte bei FIAN Österreich.



GLOBALISIERTE KÄMPFE – UND GLOBALISIERTE HOFFNUNG



Mit Empowerment, dem Konzept Frauenkooperativen und internationaler Vernetzung für eine selbstbestimmte Agrarökonomie in Palästina

Klaudia Rottenschlager

Die Beauftragte für internationale Vernetzungsarbeit in der Union of Agricultural Work Committees von Palästina, Hiba Al-Jibeih, im Interview über Alternativen zur Abhängigkeit von internationalen Hilfsgeldern

Was war der Hintergrund für die Gründung der Union of Agricultural Work Committees in Palästina?

Hiba Al-Jibeih (HAJ): Die Union of Agricultural Work Committees (UAWC) ist einer der größten landwirtschaftlichen Verbände in Palästina. Wir haben uns 1986 als Reaktion auf die sich zuspitzende sozioökonomische Situation der palästinensischen Bauern und Bäuerinnen gegründet. Dafür verantwortlich waren und sind Besatzungs- und Siedlungspolitiken Israels, durch die Landkonfiszierungen und Beschlagnahme von Wasserressourcen im Westjordanland und im Gazastreifen vorangetrieben werden. Dagegen setzen wir uns seit unserer Gründung ein. Unsere Arbeit hat lokale und internationale Aufmerksamkeit bekommen, da wir Projekte und Unterstützungsstrukturen erarbeiten, die jährlich rund 30.000 Bauern und Bäuerinnen in ländlichen oder durch den Konflikt schwer erreichbaren Gebieten zugutekommen.

Derzeit arbeiten wir in zwölf Büros

in Palästina. Wir fördern Agrarentwicklungs- und Landbewirtschaftungsprojekte, bauen Wasserversorgungssysteme und arbeiten mit dem Konzept der Frauenkooperativen, um die Lebensbedingungen von vor allem in ländlichen Gebieten lebenden Bäuer_innen zu verbessern. Rechtliche Beratung, Notfallplanung und Krisenunterstützung gehören seit langem zu unseren Aufgaben. Daran anschließend bauen wir lokale und internationale Solidaritätsnetzwerke auf.

Was sind die konkreten Auswirkungen der mittlerweile mehr als 40 Jahre andauernden militärischen Besetzung des Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ost-Jerusalems für Bauern und Bäuerinnen in Palästina?

HAJ: Landwirtschaft hat einen zentralen Stellenwert in der palästinensischen Gesellschaft und ist durch die Besetzung, vor allem durch die Einschränkung unserer Bewegungsfreiheit und den Zugriff auf Ressourcen, massiv beeinträchtigt worden. Die Förderung von Land- und Agrarwirtschaft ist einer der wichtigsten Schritte, um unsere Ernährungssicherung und Selbstversorgung zu gewährleisten.

Nach dem Oslo-Abkommen 1993 wurde das Westjordanland in verschiedene Ver-

waltungsregime aufgeteilt. Das setzte die Fragmentierung des gesamten palästinensischen Gebiets fort. Zone C, die 62 Prozent ausmacht, unterliegt zur Gänze israelischer Zivil- und Militärverwaltung. Das Gebiet umfasst die größten Wasserressourcen und fruchtbares Agrarland, das das Rückgrat unserer landwirtschaftlichen Entwicklung sein sollte. Real ist dieses Gebiet jedoch Sinnbild für voranschreitenden – unter internationalem Recht illegalem – Siedlungsausbau und Landnahme¹.

Der landwirtschaftliche Beitrag von Zone C zur palästinensischen Wirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten um mehr als die Hälfte verringert. Diese Entwicklungen bedeuten die vollkommene Abhängigkeit der palästinensischen Bevölkerung in Zone C von internationalen Hilfsgeldern. Das neue Nationalstaatsgesetz Israels wird massive Auswirkungen auf die palästinensische Kultur, Sprache, Identität und Landnutzung mit sich bringen und verwehrt palästinensischen Flüchtlingen einmal mehr das international anerkannte Recht auf Rückkehr.

Die UAWC unterstützt vor allem Bäuerinnen und Frauenkooperativen im Westjordanland und im Gazastreifen. Was bedeutet dabei Empowerment?

HAJ: Bäuerinnen, die in ländlichen Gebieten leben und oft wenig Bildungschancen hatten, sind auf mehreren Ebenen von den politischen und ökonomischen Auswirkungen des Konflikts betroffen. Die Beeinträchtigung ihrer Bewegungsfreiheit durch die Besatzungsstrukturen verschlechtert ihre Lage enorm. Sie sind fast zur Gänze von Ehemännern und Brüdern abhängig, und die steigende Arbeitslosenrate lässt sie keine weiteren Einkommensquellen in nahe gelegenen Dörfern oder Städten finden. Hier benötigt es langfristige Empowermentstrukturen, die ökonomische und soziale Unterstützung ermöglichen. Frauenkooperativen sind ein Weg, um unabhängiges Einkommen und die Würde dieser Bäuerinnen auf-

rechtzuerhalten. Wir kritisieren Hilfsprojekte von internationalen Organisationen, die Empowerment meist nur als Bewusstseinsbildung für individuelle Rechte verstehen und materielle Nachhaltigkeit oft nicht einmal ansprechen.

Empowerment bedeutet, sich Wissen und Fähigkeiten zu erarbeiten, die danach auch umgesetzt werden können. Frauenkooperativen bedeuten nicht nur Zugang zu nachhaltiger Vermarktung und dem Verkauf von eigenen Produkten, sondern auch lokale und internationale politische Vernetzung, um unsere Stimmen zu erheben. Seit 2015 hat UAWC 45 Frauenkooperativen gegründet und damit 9.450 Frauen im Westjordanland und im Gazastreifen unterstützt. Alle sind unter dem gemeinsamen Label „bas baladi“ („nur lokale Produkte“)² vereint, was die gemeinsame Vermarktung der Produkte ermöglicht. Auch Frauen, die individuell produzieren, können sich uns unter diesem Label anschließen. Wir verkaufen auf lokaler und internationaler Ebene. Ein Erfolgsprojekt ist zum Beispiel eine Frauenkooperative, die Suppe aus Palästina in die Niederlande verkauft.

Welche Bedeutung haben internationale Solidaritätsnetzwerke für Bauern und Bäuerinnen in Palästina?

HAJ: Die UAWC ist seit 2013 Mitglied bei der globalen Bewegung von Kleinbauern und -bäuerinnen und Landarbeiter_innen La Via Campesina. Seither sind wir als erstes Mitglied der arabischen Welt dafür zuständig, Aufbauarbeit im Mittleren Osten und Nordafrika zu leisten. Wir haben bereits Netzwerke mit Kolleg_innen aus Tunesien und Marokko etabliert. Wir setzen uns gegen Landnahme und Vertreibung der indigenen Bevölkerung, Bauern und Bäuer_innen und Landarbeiter_innen ein und versuchen, Widerstand gegen Besatzungsstrukturen und das kapitalistische System zu leisten – nicht nur hier in Palästina, sondern überall auf der Welt. Wir fordern die Souveränität von Bauern und Bäuerinnen über ihr Land,

über Nahrung, Wasserressourcen und Saatgut. Unsere Solidaritätsnetzwerke helfen uns, die Geschichten und Kämpfe, die wir miteinander teilen, weltweit hörbar zu machen und voneinander zu lernen.

Wenn Bauern und Bäuerinnen in Kolumbien von Gewalt und Mord betroffen sind, versuchen wir auch hier Aufmerksamkeit dafür zu erzeugen. Wenn palästinensische Bauern und Bäuerinnen von Besatzungsstrukturen, Siedler- und Militärgewalt betroffen sind, dann machen unsere Kolleg_innen verschiedene Solidaritätsaktionen. Wir organisieren auch gemeinsame Konferenzen, die unsere Strategien und Widerstandsformen zusammenführen und unsere Stimmen lauter werden lassen. Unser Slogan ist: „Globalisiere Kämpfe, globalisiere Hoffnung auf Freiheit.“



Bäuer_innen pflanzen Bäume als Protestaktion, Tag der Erde, Gazastreifen 2017

Anmerkung: ¹ www.un.org/press/en/2016/sc12657.doc.htm // ² <https://viacampesina.org/en/uawc-launches-bas-baladi-outlet-store/>

Webtipps: La Via Campesina Palestine: <https://viacampesina.org/en/tag/palestine> // Food Sovereignty and alternative development in Palestine: www.mattersburgerkreis.at/site/de/publikationen/jep/alle-ausgabenartikel/article/388.html

Zur Interviewerin: Klaudia Rottenschlager ist Sozialwissenschaftlerin und Doktorandin an der Universität Wien.

Zur Interviewten: Hiba Al-Jibeih ist Menschenrechtsaktivistin und arbeitet in der internationalen Vernetzungsarbeit der UAWC in Palästina.



RURAL WOMEN AND GRASSROOTS FEMINISM

Stories from women farmworkers in Brazil

Maria Luisa Mendonça

From the perspective of women's grassroots movements, defending basic rights to land and food is a constant struggle. Around the world, the expansion of agricultural production for export, controlled by large landowners and corporations, continually displaces rural communities. They are forced to leave their lands and means of subsistence, and become vulnerable to labor exploitation in large plantations or in urban centers, facing a condition of poverty and hunger.

Monopoly over land and market speculation increases food prices, affecting low-income women disproportionately. The case of Brazil illustrates this situation, since it has one of the highest levels of land concentration in the world. Currently, there is an increasing re-concentration due to international financial speculation in rural land markets. This process increases monopoly over land and expands mono-cropping of commodities for export, causing environmental destruction and displacement of rural communities that produce the majority of food for internal markets.

According to the Brazilian Institute of Geography and Statistics (IBGE), 30 percent of households face a situation of food insecurity in the country. At the same time, the census by IBGE shows that small farmers are responsible for 70 percent of food production, and for 83 percent of job creation

in the countryside, but occupy only 20 percent of agricultural land. In recent years, there has been a greater degree of market concentration, particularly in agriculture and energy sources, such as land, water, mining, and oil. Large corporations receive the majority of state credit at subsidized interest rates.

In this context, the resistance of rural women is crucial to deal with the simultaneous economic, ecological and food crises. Women face specific challenges in times of crisis, since they usually take the main responsibility for social tasks in their households, such as providing food and healthcare. Therefore, neoliberal policies to cut governmental support for social programs and the increase in food prices mean an extra burden for working women. In addition, the displacement of rural communities forces women into the worst jobs on plantations and in urban areas.

Over many generations

The stories of Brazilian farmworkers are repeated by many generations all over the country, as Maria Souza, from Pernambuco state, explains: "I started working at 11 years old to help my mother in the fields, when she was pregnant. My mother got very sick and died when she was 59. I'm 42 now and I think the same will happen to me". In the state of São Paulo, Lusiane dos Santos describes a similar situation: "I'm 38 years old and started cutting sugarcane when I was 20. I had to stop going to school because my father left us and my mother sent me to work".

Carlita da Costa is the president of the Cosmópolis Rural Workers Union, in the state of São Paulo. In a field dominated by men, Carlita has been able to lead one of the strongest rural unions in Brazil. She started cutting sugarcane at a young age in order to provide for her three children. She was able to form a union to struggle for labor rights, and continues to focus on organizing women. But she knows that in order to overcome their situation of poverty and oppression, they need to demand structural changes in the land and food systems. "It's common to hear coughs and screams in the cane fields. We have to inhale pesticides and the ash from burned cane. Once I fell and felt the taste of blood in my mouth. I broke my arm and could not work anymore. I have lung problems and feel sick from that horrible work. I saw that cane cutting was killing me," says Carlita.

The agricultural model of mono-cropping and land concentration reduces the alternatives for peasants to sustain themselves. Many men migrate to different regions in the country, looking for seasonal jobs at plantations or construction, and some never return to their families. For women it is more difficult to find an alternative, so they usually stay with the responsibility of caring for their children and elderly parents. However, some women migrate in search of jobs, as in the case of Ana Céilia: "I'm 24 years old and I came from Pernambuco to work in São Paulo. The company only pays for 50 kilos of sugarcane a day, even when we cut 60 kilos. My whole



One of the farmworkers, who works at a sugarcane plantation in Brazil. The company only pays for 50 kilos of sugarcane a day, even when they cut 60 kilos.

body hurts. I need to leave this job because I'm getting sick. The cost of rent, water and electricity is very high, and after paying for everything, there is nothing left from my salary".

Dual oppression

Women farmworkers face a dual situation of oppression, since they are responsible for household unrecognized and unpaid labor, including providing food for their families. Ivanusa Ribeiro, who works at a sugarcane plantation in the state of Pernambuco, explains: "I wake up at 2 in the morning to start working at 4 am, and I only stop at 3 pm. After getting home, I still have a lot of work to do, cleaning the house, cooking for my kids and my husband". Nelma dos Santos, who is also from Pernambuco state, says that this situation would only change if the govern-

ment gave more incentives to agrarian reform and small farmers. She also demands access to an education system that would be meaningful to her life in the countryside. Like many other women peasants, she fears having to migrate to urban centers, where she would face unemployment or exploitation in low-paid jobs. The continuing land concentration and mechanization of agribusiness make it more difficult for women to find jobs in the countryside, where they receive less pay, suffer humiliation and sexual harassment. Some of their main demands are regular working hours, equal pay, maternity leave, access to health care, child care and social benefits.

Odete Mendes, who works at a plantation in São Paulo, says that she cuts about 10 tons of sugarcane per day,

but only earns US\$ 100 dollars per week. She pays half of her salary on rent for a very small room, and has to cover all other expenses at her house. "I cannot stay in this job. It's very hard. Once I broke my arm, I constantly feel a lot of pain in my hands, my lungs suffocate, and sometimes I think I will die in the fields", says Odete.

Solidarity and a new agricultural system

These testimonies illustrate the importance of women's rural movements that advocate for agrarian reform and common use of natural resources, including collective land rights. Women's grassroots movements are promoting a new agricultural system based on local cooperatives and ecological food production. There are international human rights mechanisms but it also needs solidarity. Especially in Europe and in the United States there is a growing awareness in public opinion about the need to support small scale, local and ecological agriculture. In order to expand this movement internationally we need to increase solidarity between women's organizations in the Global North and the Global South, as well as in urban and rural areas in support of affordable production of healthy food to benefit low-income women in rural and urban areas. We need strong alliances to transform our food system.

On the author: Maria Luisa Mendonça holds a PhD in Human Geography from the University of São Paulo (USP) and is co-director of the Network for Social Justice and Human Rights (Rede Social de Justiça e Direitos Humanos) // www.social.org.br

SPÖ 



Europa der Frauen. Europa den Frauen.

**Weitere Informationen
auf frauen.spoe.at**

INTERNATIONALER FRAUENTAG !



junge Welt
DE WAZENTUNG

GRAFIK: THOMAS J. RICHTER

Jetzt das *junge Welt*-Onlineabo bestellen!
Ab 18,60 €/Monat (Soli: 23,60 €, ermäßigt: 11,60 €)
24/7: Sofortiger Zugang zu allen Artikeln und Beilagen.
Downloads, Mailausgabe, Features, das ganze Archiv.

jungewelt.de/abo



13.-17. März
TRICKY WOMEN
TRICKY REALITIES

METRO Kinokulturhaus
des Filmarchiv Austria

www.trickywomen.at • Tel: 01-990 46 63



**FRAUEN
FILM
TAGE 2019**

Stadt kino im
Künstlerhaus
Filmcasino
Metro Kinokulturhaus
frauenfilmtage.at

28.2.– 7.3. 2019

**Archiv der Frauen-
und Lesbenbewegung**
Bibliothek · Dokumentation · Multimedia

STICHWORT



**Die ganze Vielfalt
feministischer Theorien!**

Online-Bibliotheksrecherche
www.stichwort.or.at

1040 Wien, Gusshausstraße 20/1A+B,
Tel. & Fax (+43 1) 812 98 86
eMail: office@stichwort.or.at

Öffnungszeiten:
Mo & Di 9–14 · Do 14–19 Uhr
(für Frauen & Transgender)

Bezahlte Anzeige

**WIEN
für FRAUEN**



INTERNATIONALER
Frauentag

**100 JAHRE
FRAUENWAHLRECHT**
Unsere Stimme zählt

Offenes Rathaus
für alle Mädchen und Frauen

8.3.2019
15:00 - 19:30 Uhr
WIENER RATHAUS
Lichtenfelsgasse 2 | 1010 Wien

Öffentliche Verkehrsanbindung:
Linien U2, 1 und 2, Station Rathaus

**EINTRITT
FREI!**

Alle Informationen und Beginnzeiten finden Sie unter
www.frauen.wien.at

Frauen MA57
Stadt **Wien**

INDIEN JENSEITS

DER SCHLAGZEILEN

„Dass Indien als gewalttätiges Land gegenüber Frauen wahrgenommen wird, ist ein Problem jener, die es so wahrnehmen“, stellt Urvashi Butalia im Interview klar.



Urvashi Butalia wurde 1952 in der indischen Provinz Ambala geboren. Sie studierte Literatur in Delhi und London. 1984 gründete sie gemeinsam mit ihrer Kollegin Ritu Menon das erste feministische Verlagshaus in Indien, Kali for Women. Sie ist eine der prominentesten Stimmen der indischen Frauenbewegung. Im Interview erzählt sie von den Entwicklungen der indischen Frauenbewegungen und der Bedeutung von Medienvielfalt.

Denise Du Rieux

Sie haben Kali for Women 1984 mitgegründet, und neben Ihrem zivilen Engagement haben Sie später auch noch Zubaan Books gegründet. Was hat sich in dieser Zeit verändert?

Urvashi Butalia (UB): Zwischen der Gründung von Kali for Women und Zubaan Books 2003 liegen 19 Jahre – in dieser Zeit hat sich sehr viel verändert. Vor Kali for Women wurden kaum Arbeiten über Frauen publiziert. Es war gerade die Zeit, in der sich die Frauenbewegung in Indien zu organisieren begann. Auch politisch und ökonomisch hat sich einiges verändert: In den 1990ern öffnete sich Indien zunehmend dem Weltmarkt, die Medienlandschaft wandelte sich, sodass

Frauen und deren Probleme mehr Gehör in der Öffentlichkeit fanden. Frauen fanden zusehends eine Stimme.

Indien ist die weltweit größte Demokratie, das Land hat so viele Politikerinnen wie kaum ein anderer Staat, und doch wird Indien von anderen oftmals als ein Land angesehen, das mit Gewalt gegen Frauen Schlagzeilen macht.

UB: Dass Indien gegenüber Frauen als gewalttätiges Land wahrgenommen wird, ist ein Problem jener, die es so wahrnehmen. Diejenigen, die in Indien leben und arbeiten, wissen, dass die Situation weit komplexer ist. Ja, es gibt diese Gewalt gegen Frauen in Indien, gleichzeitig aber auch eine groß-

artige Freundlichkeit und Menschlichkeit im Umgang miteinander.

Ich denke, eines der Probleme ist, dass wir dazu tendieren, Gewalt gerne „woanders“ auszumachen, und sie damit im eigenen Land nicht sehen müssen. Aber Gewalt gegenüber Frauen und gegenüber jenen, die keine Macht haben, gibt es überall; sie nimmt nur andere Formen als die rein körperliche an. Schauen Sie doch in die USA – dort ist ein Präsident im Amt, der Kinder gewaltsam von ihren Eltern trennt; und eine Professorin, die einem Kandidaten für den Obersten Gerichtshof sexuelle Gewalt vorwirft, wird öffentlich verhöhnt. Schauen Sie in die Türkei und darauf, was dort mit der kurdischen Minderheit passiert.

Indien hat sicherlich seine Probleme. Es versucht einerseits, mit modernen globalen Entwicklungen mitzuhalten, andererseits ist Indien ein sehr traditionell geformtes Land. Es ist aber auch ein Land, das an der Schwelle zu großen Veränderungen steht. Verstehen Sie das nicht als Vorwand oder Rechtfertigung, um wegzusehen, keineswegs! Wir dürfen niemals wegschauen, aber gleichzeitig ist es wichtig aufzuzeigen, dass es durchaus Widerstand gibt, dass es Frauenbewegungen gibt, die diese Missstände bekämpfen und auch oft erfolgreich darin sind.

Sie engagieren sich für die Freiheit der Presse, dieser Einsatz zeigt sich auch in Ihren eigenen Verlagshäusern. Wie wichtig ist eine vielfältige Medienlandschaft für eine Gesellschaft?

UB: Eine vielfältige Medienlandschaft, das Hochhalten der Meinungsfreiheit, die Freiheit, Kritik zu äußern, ebenso wie Sicherheit und Gesundheit. Dennoch gibt es Länder, auch Indien gehört dazu, in denen genau diese Voraussetzungen nicht (für alle) gegeben sind. Und wenn eine Regierung es nicht verträgt, dass diese Missstände aufgezeigt und kritisiert werden, dann verdient sie es nicht, die Menschen in einem Land zu vertreten. Dennoch gibt es überall auf der Welt Tendenzen, die genau ein solches Klima verstärken, indem sie Oppositionelle und Menschen anderer Meinung verhaften lassen. Gerade wurden in Indien einige Intellektuelle wegen sogenannter Volksverhetzung zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das bedeutet für alle, die andere Meinungen vertreten, einen enormen Druck.

Über die Neuen Medien wird das Thema der „Wahrheit“ immer mehr zum Zentrum der Diskussion. Aber welche Rolle können und sollen Neue Medien in der Frage um Wahrheit und Wissen spielen?

UB: Es gibt das Sprichwort „Speaking truth to power“ (es meint, die Mäch-

tigen in einem Land offen zu kritisieren und oppositionelle Meinungen zu äußern, Anm. d. Red.). Aber genau diese Aufgabe, die insbesondere den Medien zukommt, wird dadurch gehemmt, dass die Medien sich zunehmend regierungspolitisch beeinflussen lassen.

Immer wieder wird über die „Rolle der Frau“ diskutiert – aber lässt sich überhaupt von einer Rolle der Frau sprechen?

UB: Es gibt diese eine Rolle der Frau nicht, Frauen haben diverse Rollen, die ihnen angeheftet werden, gegen die sie aber auch immer mehr Frauen auflehnen. Sie hinterfragen und kritisieren diese Rollen und wollen sich ihre ganz eigenen Rollen selbst geben. Und genau diese Tendenz wird sich meines Erachtens weiter ausbreiten, Frauen werden mehr Raum und Mitgestaltungsrechte in der Gesellschaft für sich beanspruchen.

In Indien werden so viele Religionen praktiziert wie kaum in einem Land – es gibt Sikhismus, Hinduismus, islamische und christliche Glaubensgemeinschaften. Wie beeinflusst diese enorme religiöse Pluralität Frauenbewegungen?

UB: Seit jeher ist das Verhältnis von Frauenbewegungen und Religionen ein sehr kompliziertes. Anfänglich glaubten Frauen, Religion müsse strikt von ihrem politischen feministischen Aktionismus separiert werden. Aber mit der Zeit wurde erkannt, dass das nicht funktionieren wird, denn das zivile indische Recht (Ehe-, Erbe-, Sorgerecht etc.) ist stark an das religiöse Recht gekoppelt. Außerdem vertreten wir die Meinung, dass Feminismus auch und vor allem bedeutet, Entscheidungen treffen zu können – über sich selbst, und damit auch über den eigenen Glauben.

Heute beobachten wir, dass Frauenbewegungen ganz unterschiedliche Zugänge zur Religion haben: Manche Frauen treten aus ihrer religiösen Identität heraus für mehr Frauenrechte

ein, auch in den religiösen Praktiken selbst. So haben beispielsweise muslimische Aktivistinnen in Mumbai dafür gekämpft, Zugang zu einem heiligen islamischen Schrein zu bekommen, den Haji Ali Schrein, und sie haben sich diesen Zugang auch tatsächlich erkämpft. Ähnliches gelang Hindu-Frauen, die sich dafür einsetzten, dass Frauen einen Tempel betreten dürfen, der bis dahin nur Männern offen stand. Auch sie haben ihr Recht durchgesetzt. Dieses Einbeziehen der Religion und ihrer verschiedenen Glaubenssätze hat die indische Frauenbewegung letztlich auch so einzigartig gemacht!

Sie wurden selbst in eine Familie geboren, in der sowohl Hinduismus als auch Sikhismus praktiziert wird – welche Bedeutung hat Religion heutzutage?

UB: In Indien ist Religion sehr wichtig. Meine Familie lebt nicht sehr religiös, aber für viele bedeutet Religion sehr viel. Bis vor kurzem war Religion allerdings etwas, das privat ausgelebt wurde. Auch wenn wir einige der Rituale und Traditionen für patriarchal hielten, störte es niemanden, wenn der/die Nachbar_in diese Rituale feierte, es war schließlich seine/ihre Privatsache. Aber die erstarkende rechte Hindubewegung instrumentalisierte Religion, um die Gesellschaft zu spalten und damit Wähler_innenstimmen zu gewinnen. Religion war plötzlich übermächtig geworden. Heute beobachten wir, dass rechter Fundamentalismus auf religiöse Schemata zurückgreift und diese für sich nutzt, um Menschen gegeneinander aufzubringen.

Webtipp: <https://zubaanbooks.com>

Zur Interviewerin: Denise Du Rieux war Praktikantin bei der Frauen*solidarität. Sie hat Philosophie und Politikwissenschaft studiert und interessiert sich für Frauen*bewegungen auf der ganzen Welt.

SÜNDEBOCKPOLITIK

Anmerkungen zur Instrumentalisierung eines feministischen Kampfes

Während dieser Artikel geschrieben wird, ist Österreich vom Mord an fünf Frauen bzw. Mädchen in weniger als drei Wochen schockiert. Die Autonomen Frauenhäuser weisen auf den Anstieg an tödlicher Gewalt gegen Frauen in den letzten Jahren hin; diverse mediale Rufe von „Wo bleibt der Aufschrei?“ bis „härtere Strafen“ werden laut.

Claudia Thallmayer

Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) greift dankbar das Hölzel auf und fordert die Abschiebung nicht nur schwer krimineller (das ist bereits geltendes Recht), sondern überhaupt aller in irgendeiner Weise straffällig gewordener (männlicher) Asylwerber bzw. Asylberechtigter. Wer „unsere“ Werte nicht akzeptiert, habe nicht verdient, hier zu leben, so sinngemäß die Staatssekretärin im Innenministerium, Karoline Edtstadler (ÖVP), in einem ORF-Interview.

Die Situation verweist auf ein Dilemma, in dem sich Feministinnen wiederfinden. Frauenorganisationen fordern seit Jahren ein „Hinschauen“ auf geschlechtsspezifische Gewalt, die sich vorwiegend in Beziehungskonstellationen abspielt, aber mit gesellschaftlichen Machtstrukturen, patriarchalen Normen und Frauen verachtenden Einstellungen zusammenhängt.

„Importierte Gewalt“

Nun haben sich die Rechtspopulist_innen des Themas „Gewalt gegen Frauen“ angenommen, und sie zeigen

mit dem Finger auf die – tatsächlich überproportional häufig ausländischen – Täter und definieren das Problem als eines der „Anderen“. Dass allerdings erst durch die Frauenbewegung die patriarchalen Strukturen aufgebrochen wurden und das alles eine recht junge Geschichte ist, bleibt ausgeblendet. Dabei ist gerade die Frauenhausbewegung eine Erfolgsgeschichte, und die Regierung täte gut daran, auf die Vorschläge der NGO-Expertinnen zu hören.

Diese beinhalten vieles – insbesondere die gesetzliche und finanzielle Absicherung von Opferschutzrichtungen, aber nicht die Forderung nach härteren Strafen und mehr Abschiebungen. Doch die Rechten an der Macht nutzen den berechtigten Aufschrei wegen der tödlichen Gewalt gegen Frauen, um sich ein weiteres Mal als Hardliner in Sachen Migrations- und Flüchtlingspolitik zu zeigen.

Grenzregime und Gewalt

Im Diskurs über die öffentliche Sicherheit in Europa bleibt demgegenüber weitgehend ausgeblendet, in welchem hohem Ausmaß Frauen auf

der Flucht geschlechtsspezifischen Formen von Gewalt ausgesetzt sind. Politiker_innen in Europa, so auch Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) in seiner Funktion als Vorsitzender der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018, argumentieren, dass eine „Eindämmung der Migration“ nur durch konsequentes Abweisen von Migrant_innen möglich sei – von Flüchtlingen wird gleich gar nicht mehr gesprochen. Das bedeutet mehr Abschiebungen, Im-Stich-Lassen von in Seenot Geratenen auf dem Mittelmeer und die militärische Überwachung der Wüste.

Die Schlepperei wird dafür verantwortlich gemacht, dass Menschen unsägliche Gewalt erleben und ums Leben kommen. Doch Schlepperei ist nicht die Ursache von Flucht und Migration, sie ist nur ein Mittel zum Zweck in Anbetracht kaum überwindbarer Grenzen. Es gibt viele Gründe zur Flucht, und in der Regel ist das Gewalt – in Form von Kriegen, Bürgerkriegen, Repression und Willkür.

Auch Frauen fliehen vor Gewalt, zudem auch vor geschlechtsspezifischer Gewalt. Sie befinden sich praktisch überall in einer besonders prekären Situation, und die europäische Abschottungspolitik hat für sie dramatische Konsequenzen. Dabei hätten sie laut Istanbul-Konvention des Europarats Anspruch auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt.

Fehlende Solidarität

Eine Kursänderung ist nicht absehbar, denn genau dieser Kurs hat diese Regierung ja an die Macht gebracht, und diese gilt es zu erhalten! Daher bleibt auch das fragwürdige Dublin-Abkommen aufrecht, das den südeuropäischen Staaten die Last der Aufnahme von Flüchtlingen aufbürdet, und die Grenzsicherung wird immer weiter vor die tatsächlichen EU-Grenzen verlagert. Zu diesem Zweck wird auch mit zerfallenen Staaten wie Libyen und Diktaturen wie dem Sudan kooperiert und die Durchreise

von Flüchtlingen und Migrant_innen illegalisiert.

Zwar wurde aus den propagierten „Anlandeplattformen“ in Nordafrika nichts, weil die Folter und sexuelle Gewalt in libyschen Lagern durch die Medien gingen und andere Staaten wie Ägypten keine Flüchtlingslager im Auftrag der EU einrichten wollten. Seither ist auch vom „Resettlement“ besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge nach Europa nicht mehr die Rede. Das wäre eine wichtige Maßnahme, aber war das je ernst gemeint?

Frauenhandel

Im Rahmen eines zweijährigen Erasmus-Projekts haben sich fünf Mitgliedsorganisationen des europäischen WIDE+-Netzwerks mit den Folgen des restriktiven europäischen Grenzregimes auseinandergesetzt. Frauen auf der Flucht und in der Migration erleben in verschiedensten Situationen Formen von Gewalt. Eine davon ist mit dem Phänomen des Frauenhandels als Form der Migration und Ausbeutung von Frauen verbunden, was von Kolleginnen aus Spanien in dem Projekt thematisiert wurde.

Sie setzen sich dafür ein, dass Behörden Opfer von Frauenhandel besser erkennen, ihnen Unterstützung anbieten und sie davor bewahren, über mafiöse Netzwerke weiter gehandelt und in der Prostitution ausgebeutet zu werden. Vom „Trafficking“ (Frauenhandel) über die spanische Südgrenze nach Europa sind vor allem Frauen aus Westafrika betroffen. Viele von ihnen sind schwanger, wenn sie in Spanien ankommen, was auf das hohe Ausmaß an sexueller Gewalt im Zuge von Flucht und Migration hinweist.

Kampf gegen Genitalverstümmelung (FGM)

Die österreichische Außenministerin Karin Kneissl (parteilos, von FPÖ nominiert) hat sich im letzten Jahr einer anderen Form geschlechtsspezifischer Gewalt angenommen: FGM. Es ist sehr begrüßenswert, wenn Mittel

zur Aufklärung und Unterstützung von Betroffenen in Österreich sowie im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden. In den letzten Jahren sind vermehrt Frauen, die selbst von FGM betroffen sind, als Flüchtlinge nach Österreich gekommen; daher ist das Phänomen präsenter geworden.

Doch während international – vor allem in Ostafrika – beträchtliche Erfolge im Kampf gegen diese extrem frauenfeindliche Praxis zu verzeichnen sind, wäre es doch überraschend, wenn FGM plötzlich in Österreich Fuß fassen sollte, wie das die Rede vom Ansteigen von FGM in Österreich suggeriert. Es gilt daher, genau hinzuschauen.

Aufklärungsarbeit ist unbedingt nötig, und die Einbindung der betreffenden Communities ist dabei essenziell – das zeigte im Rahmen des Erasmus+-Austauschs etwa die Arbeit der belgischen Migrantinnen-Initiative GAMS gegen FGM. Aber ein Skandalisieren bedient im hiesigen Kontext auch die Populismus-Schiene und kann zur Stigmatisierung Betroffener beitragen. Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter; sie ist immer grauhaft und in jeder Form inakzeptabel. Frauenorganisationen treten entschieden dagegen auf, und es muss möglich sein, über Gewalt und notwendige Maßnahmen zu sprechen, ohne dass daraus eine Sündenbockpolitik resultiert.

Webtipp: WIDE (Hg.) (2018): The Europe we want? Feminist approaches to gender, migration, and democracy, www.wide-netzwerk.at/index.php/publikationen/366-wide-publikation-the-europe-we-want

Zur Autorin: Claudia Thallmayer ist (Ko-) Koordinatorin von WIDE, dem entwicklungspolitischen Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven in Wien.

Wandbild, La Quimera – Centro Social (Re)Okupado, Madrid



DIE KONSTRUKTION VON EXTREMER MASKULINITÄT IN NEUEN KRIEGEN

Mary Kaldor im Interview über vergeschlechtlichte Konflikte

Tania Napravnik

Junge frustrierte Männer verkörpern in den neuen Kriegen zentrale Handlungsakteure. Mary Kaldor, Professorin für Global Governance, erzählt über die Entwicklungen von Konflikten und ihren Bezügen zu Geschlecht(re)produktionen ab der europäischen Moderne bis in die Gegenwart.

Inwiefern unterscheiden sich die neuen von den alten Kriegen?

Mary Kaldor (MK): Wir tendieren dazu, Krieg als einen politischen Wettbewerb zwischen zwei Seiten, die mit regulären bewaffneten Kräften ausgestattet sind, zu betrachten. Aber wenn man über Jemen, Syrien oder Libyen nachdenkt, existieren dort buchstäblich hunderte bewaffnete Gruppen, die von Gewalt an sich profitieren. Sie profitieren politisch, da sie oft extremistische Organisationen verkörpern, deren Ideologien nur durch Angst Unterstützung gewinnen können. Diese Organisationen profitieren auch ökonomisch, da sie jene Zivilist*innen ausbeuten, die sie eigentlich umzubringen versuchen.

Kriege ab den späten 1980ern bezeichne ich als neue Kriege, um sie von den alten Kriegen abzugrenzen, und

das, obwohl sie sich in bestimmten Bereichen überschneiden. Dabei denke ich an ethnische Säuberungen oder Ressourcen-Konflikte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Waffen jedoch zu zerstörerischer für eine klassische Schlacht. Insofern mussten Überlegungen angestellt werden, die traditionelle Konfrontation zu umgehen. Hinzu kommt, dass alte Kriege zu Beginn der frühen Moderne in Europa klare Regeln hatten, um Verbrechen und Kriege zu unterscheiden. Diese Regeln wurden Anfang des 19. Jahrhunderts in Europa kodifiziert. Die neuen Kriege brechen diese Regeln, da sie eben nicht nur Schlachten zwischen zwei Seiten beinhalten, sondern durch Gewalt gegen die zivile Bevölkerung und Vertreibung gekennzeichnet sind. Darin wird ein weiterer Unterschied zwischen den

alten und neuen Kriegen erkennbar: die Partizipation. In neuen Kriegen kämpfen die meisten Menschen nicht, da sie schlichtweg Zivilist*innen sind.

Warum finden heutzutage Kriege statt?

MK: Die neuen Kriege finden normalerweise in Situationen von autoritären Staaten statt, die einen Wandel politischer und ökonomischer Liberalisierung durchlaufen. Diese Kriege ernähren sich von Ungleichheiten, die in Folge von neoliberalen Politiken wesentlich gravierender wurden. Insofern bezeichne ich neue Kriege als Militarisierung des Neoliberalismus. Zudem stellen die neuen Kriege eine Form dar, wie demokratische Forderungen unterdrückt werden können, wie beispielsweise in Syrien oder der Ukraine. Sie sind ein Ausdruck von Politik, da sich Interessengruppen durch den Bezug auf Identitäten, egal ob sie sich als Sunnit*innen, Katholik*innen oder Protestant*innen bezeichnen, Rechte auf staatliche Ressourcen verschaffen. In alten Kriegen war der territoriale Zugewinn bzw. die militärische Überlegenheit von hoher Bedeutung, während in den neuen Kriegen die politische Einflussnahme einen zentralen Stellenwert einnimmt.

Kann Krieg als maskulines Phänomen verstanden werden?

MK: Ich würde sagen, dass Männlichkeit, Weiblichkeit und deren Differenzen in Kriegen konstruiert werden. Besonders interessant ist die Geschlechterkonstruktion im Vergleich zwischen den alten und neuen Kriegen. In klassischen Kriegen gab es ein männliches Ideal, wo der Mann als Soldat einen Helden verkörperte, der fortging, um seine Frau und Familie zu Hause zu beschützen. Während in neuen Kriegen aus mehreren Gründen eine extreme und instabile Maskulinität konstruiert wird: Die heutigen Kriege sind oft durch ethnische oder religiöse Ideologien geprägt, die mit ungleichen Geschlechterverhältnissen assoziiert werden. Hierbei kann an religiöse Fundamentalist*innen ge-

dacht werden und wie diese Frauen behandeln. Allgemein spielen junge frustrierte Männer, die ihre Würde verloren haben, eine zentrale Rolle in den neuen Kriegen. Diese Ideologie der heterosexuellen Familie und der Unterschiede zwischen Männern und Frauen wirkt reizvoll auf die Gruppe der jungen männlichen Kämpfer.

Inwiefern manifestieren sich Geschlechterverhältnisse in den neuen Kriegen?

MK: Ungleiche Geschlechterverhältnisse manifestieren sich in den Ideologien und Praxen der neuen Kriege. In den alten Kriegen waren sexuelle Übergriffe eher Nebeneffekte, während in den neuen Kriegen sexuelle Gewalt systematisch angeordnet wird. Das heißt, in den modernen Kriegen wird sexuelle Gewalt als Kriegswaffe eingesetzt. Sexuelle Gewalt wird als ein rationales Kriegsinstrument, als ein Mechanismus zur Zwangsumsiedlung betrachtet. Diese extreme Form von Maskulinität kann auf Dauer nur durch extremes Verhalten aufrecht erhalten bleiben.

Dieser männliche Extremismus ist, abseits der politischen und ökonomischen Faktoren, einer der Gründe, warum es so schwer ist, Kriege zu beenden: In friedlichen Zeiten ist so ein extremes Verhalten schlichtweg nicht praktikierbar. Dafür ist Syrien ein besonders interessantes Beispiel, da etliche Organisationen vor Beginn des Krieges zu Gender Equality arbeiteten. Frauenorganisationen spielten eine tragende Rolle bei den anfänglichen Protesten gegen Assad. Selbst Männer im Alter zwischen 18 und 45 setzten sich für Geschlechtergerechtigkeit ein. Jedoch verloren viele Haushalte durch die Liberalisierungspolitik von Assad, beginnend im Jahr 2000, landwirtschaftliche und/oder soziale Subventionen, wodurch etliche junge Männer in die Städte migrierten, um Arbeit zu finden. Diese Männer ließen sich letztendlich von bewaffneten Gruppierungen rekrutieren, um Einkommen zu generieren.

Welche Bedingungen gibt es für Frieden?

MK: Der Unterschied zwischen Krieg und Frieden ist, dass der Friede Mechanismen besitzt, Konflikte zu managen. Denn wir leben in einer Gesellschaft voller Konflikte, daher stellt sich die Frage, wie diese Konflikte friedvoll organisiert werden können. Wir haben Komitees, Gerichte und Wahlen, um Konflikte zu managen. Das heißt, in Kriegen können eigentlich keine Konflikte stattfinden, da sich Gruppierungen gegenüberstehen, die eine freie Meinungsäußerung untersagen.

Kann Sicherheit mit Frieden gleichgesetzt werden?

MK: Nein, gar nicht. Ich definiere Sicherheit als das Organisieren von großflächiger Gewalt. Sicherheit kann sowohl positiv als auch negativ sein. Wenn wir über Security Services sprechen, reden wir normalerweise über die Polizei oder das Militär.

Wie kann der gleichberechtigte Zugang von Frau und Mann in Bezug auf diese Security Services in neuen Kriegen gewährleistet werden?

MK: Generell sind die Security Services männlich dominiert, da meistens Männer in Kriegen kämpfen bzw. sterben. Insofern müsste wohl darüber nachgedacht werden, wie Kriege bzw. Friedensprozesse geschlechtersensibel gestaltet werden können. Das soll nicht heißen, dass schlichtweg mehr Frauen beim Militär bzw. bei der Polizei tätig sein sollten, sondern dass ein weitaus differenzierteres Gender-Methodensetting angewandt werden müsste.

Hör Tipp: Das Radiointerview mit Mary Kaldor kann auf <http://noso.at/> nachgehört werden.

Zur Interviewten: Mary Kaldor ist Professorin für Global Governance an der London School of Economics. Sie war im Dezember 2018 in Wien zu Gast und referierte im Rahmen der Kapuscinski Development Lectures über „Human security in the age of geopolitics, terrorism and new wars“

Zur Interviewerin: Tania Napravnik leitet das SADOCC-Büro und koordiniert das Radioprojekt „Globale Dialoge“.



The real justice: What my cousin's rape case tells us about unaddressed issues in modern patriarchal societies

Chantal Umuhoza

In November 2018, my cousin was tied down and raped by her boss, a foreigner who runs a hospitality business in Rwanda. She confided in me to help her get justice. Several months later, I got frustrated with how the case was being handled. As a feminist's activist, I felt challenged and realized issues, beyond her case, that are major barriers to achieving the real justice – social and gender justice.

Rwanda has always been a patriarchal society, colonialism and capitalism only made it worse by perpetuating gendered divisions of work and roles in society. With the introduction of formal education under colonial rule, only males were the beneficiaries. They later also monopolised economic opportunities that gave them more power and value in the society. This was maintained even in post-colonial Rwanda. Most Rwandan families prioritized education of the boy child and girls were only groomed to be good wives and mothers.

It wasn't until post Genocide against Tutsis in 1994 that the new Rwandan

government introduced major progressive social economic and political shifts backed by a high political will and progressive minds in the new government. Rwanda immediately embarked on correcting the image of the country at the international scene by ratifying gender responsive international and regional instruments and revising its then discriminatory laws. Women comprised the majority of the population then and it only made sense not to leave women excluded in social, economic and political matters. For the first time, women were allowed to take leadership positions, own bank accounts, inherit, and have the right to

property and land, and girls' education was given priority. Gender based violence (GBV) was condemned and a law punishing GBV was passed in 2008. To date, Rwanda is known to be one of the most pro-women's rights and pro gender equality countries not only in Africa but globally, often compared to countries like Sweden. 25 years after the major legal and policy changes were introduced, a lot has changed but Rwanda remains largely patriarchal. Gender sensitive laws and policies do not immediately correct centuries of gendered practices, values and division of roles.

Basing on my cousin's case, I point out three key issues that remain problematic in systems, structures and social values in general. If not addressed gender based inequalities, injustices, discriminations and violence will persist.

Structural inequality

Gender inequalities are made worse by economic inequalities. Vulnerable women and girls remain at great disadvantage and at a higher risk of being in abusive and harassment situations and being violated by those who have economic power, including their partners, families and employers. My cousin dropped out of school at secondary level due to lack of financial means and moved from a rural area to the city in search of a job that can earn her income to support herself and her family. She got a job as a waitress at a decent hotel in Kigali city. She got harassed repeatedly by her boss but quitting the job was not an option until her boss raped her.

My cousin represents a large percentage of young women in Rwanda who live and work in similar conditions. She wasn't entitled to any medical or social security benefits since private sector companies are not obliged or held accountable by law to provide such benefits to lower level workers. About 80 percent of Rwanda's workforce works in the informal sector and exploitation in this sector is high.¹ Women's and girls' economic justice is still a dream for many and contributes

largely to their vulnerability, exposure and tolerance of harassment and violence. Care work still heavily relies on women and girls who at the same time are expected to compete equally in labour markets. There are limited comprehensive gender responsive social protection programs which could ensure a fall-back position and avoid deprivation of families and individuals especially of women and girls. There is also a lack of regulations on decent work and living wage for lower class and informal sector workers which results in exploitation of cheap labour, mostly women, by the private sector.

Systemic injustices

Almost three months after my cousin was raped no case has been filed in court yet by the government prosecution, despite the fact that in Rwanda GBV is denounced and there are programs in place. If it can take this long for a case that had immediate response and evidence collected on the spot, one wonders how long other more complicated cases can take. During this time, she has been summoned more than five times by different government institutions and been subjected to endless medical tests. She received counselling only on the day she was raped and no follow up was made after that. She has been left to deal on her own with mental issues that follow such an experience. Most public positions are held by men including police, investigators, lawyers and judges, who have been socialized to treat women as inferior and to normalise harassment and violence done to women. Apart from national (gender sensitive) laws, it's not a requirement but rather a voluntary act for other institutions, organizations and the private sector, like where my cousin worked, to put in place institutional policies and mechanisms to prevent and respond to GBV, and most don't have these policies.

There is a need to ensure that all people are accountable to laws and policies, provision of efficient services and are conscious about not to

re-stigmatize a person who has gone through rape. In addition to national laws on GBV, all working spaces including those in private sectors need to comply with state laws and uphold the country's gender equality principles including prevention and response mechanisms to GBV.

Social stigma

The #MeToo movement has sparked a lot of debates around stigma faced by women who have been sexually harassed and violated. It is not uncommon that in a patriarchal society women and girls get blamed for sexual violence. Similarly in Rwanda, a conversation among typical Rwandans on rape quickly turns into how girls seduce men and how sometimes it's their fault. Such culture makes women continue to live in abusive relationships and environments and think twice about reporting cases. Media also plays a big role in perpetuating stigma. Many journalists reached out to me and expressed their interest to publish a story on the case of my cousin but they quickly cancelled on learning that they would be talking to me and not to her (because she wasn't ready) – so the stories would not get as much attention. Without implementing consistent programs to address social stigma in all parts of society, it remains difficult to eradicate practices that normalise GBV and blame those affected. There is no single law that can address GBV in its entirety – GBV is an outcome of deeper root causes that remain superficially addressed. Imprisoning the man that raped my cousin doesn't even bring about real justice. Real justice requires going deep and beyond to address unequal structures, systems and continuously challenging social norms.

Reference: ¹ www.newtimes.co.rw/news/what-future-work-rwanda

On the author: Chantal Umuhoza is a Rwandan feminist's activist and specialist in global and regional advocacy (especially at the African Union and United Nations). Follow her on Twitter, where she is reporting on her cousin's rape case: @chante_MKS

LGBTI-INTERGROUP: EINE EUROPÄISCHE ERFOLGSGESCHICHTE

Ulrike Lunacek

Weniger als ein halbes Jahr vor der Europawahl am 26. Mai (in Österreich) und vor der Europride am 15. Juni in Wien ist es Zeit, Bilanz zu ziehen über bald 20 Jahre Arbeit der LGBTI-Intergroup (IG) im Europaparlament (EP). Sie wurde 1999 gegründet und ist eine der erfolgreichsten der derzeit 28 interfraktionellen Arbeitsgruppen des EP, die zu Beginn jeder Legislaturperiode neu gebildet werden müssen. Mit über 150 Abgeordneten (MEPs; die meisten sind Hetero-Verbündete) aus 24 EU-Mitgliedstaaten und allen Fraktionen außer der rechts außen ENF (Europa der Nationen und Freiheit) ist die LGBTI-Intergroup die größte (!) IG. Und das ist gut so, denn wir brauchen sie, gerade in Zeiten des Backlash. Mehr als 100 Berichte mit pro-LGBTI-Formulierungen konnten durchgesetzt werden: etwa für Niederlassungsfreiheit von Regenbogenfamilien, für menschenwürdigen Umgang von LGBTI-Flüchtlingen, für Selbstbestimmung von Trans-Personen, gegen Stereotypen in Medien und Bildung, oder jüngst für das Verbot Versuche, uns Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intersex-Personen „heilen“ zu wollen.

Diese Forderungen nehmen leider gerade von rechtskonservativen bis rechtsradikalen und oft gleichzeitig religiösen Fundamentalist_innen zu. In Zeiten von sozialer Verunsicherung und immer noch neoliberaler Globalisierung meinen diese, den „Gender-Wahn“ als eines der großen Bedrohungen unserer Zeit erkannt zu haben. Die LGBTI-IG im Europaparlament versucht auch hier, über Resolutionen oder Kontakte auf politischer Ebene Aufklärung zu betreiben und

Wirkung zu entfalten. Sechs Berichte widmeten sich ganz LGBTI-Rechten, so etwa 2012 der Lage von Lesben in Afrika oder 2017 der Verfolgung von schwulen Männern in Tschetschenien. Derzeit ist ein Bericht zu Intersex-Personen in Vorbereitung. Mehr als 160 Anfragen zu Menschenrechten von LGBTIs wurden an Kommission, Rat und Europäischen Auswärtigen Dienst gestellt und dutzende Konferenzen und Hearings für Meinungsaustausch und Lobbying inner- und außerhalb des EP abgehalten.

Über 100 Briefe wurden an EU-Institutionen, an Regierungen und Botschaften von Mitglied- und Drittstaaten geschickt, MEP-Delegationen vor ihren Reisen in Länder gebrieft, in denen LGBTI-Personen noch immer Verfolgung, Gefängnis oder Todesstrafe drohen und es Unterstützung für LGBTI-Menschenrechtsverteidiger_innen durch EU-Botschaften braucht. MEPs nahmen an über 60 Regenbogenparaden inner- und au-

ßerhalb der EU teil, v.a. dort, wo die Unterstützung des EP eine große Hilfe gegenüber Behörden ist. So war mein Spruch bei jeder Parade in diesen Ländern: „Unter dieser Fahne sind wir geschützt!“

Für Menschenrechtsverteidiger_innen aus der gesamten Welt ist die IG eine vertrauenswürdige Partnerin im Kampf um unsere Rechte geworden – und das soll auch nach der EP-Wahl Ende Mai 2019 so bleiben! Deshalb: <https://www.diesmalwaehleich.eu/>!

Anmerkung: Eine kürzere Fassung dieses Textes erschien in Lambda, 1/2019, hg. von der HOSI-Wien.

Webtipp: <http://www.lgbt-ep.eu>

Zur Autorin: Ulrike Lunacek ist Obfrau der Frauensolidarität. Von 2009 bis 2017 war sie MEP der Grünen sowie Vorsitzende der LGBTI-IG, von 2014 bis 2017 war sie Vizepräsidentin des EP. Ende 2017 legte sie alle politischen Funktionen zurück und ist seither freiberuflich tätig. Sie ist u. a. Botschafterin für EuroPride 2019 in Wien (1.-15.6.2019).



Regenbogenparade in Warschau, v.l.n.r. Sophie In t'Veld (MEP, ALDE, NL), Ulrike Lunacek, Terry Reintke (MEP, Grüne, DE)

NEUZUGÄNGE IN DER BIBLIOTHEK (Auswahl)

- Abouelnaga, Shereen: Women in revolutionary Egypt: gender and the new geographics of identity – Cairo: The American University in Cairo Press, 2016.
- Anitha, Sundari; Pearson, Ruth: Striking women: struggles and strategies of South Asian women workers from Grunwick to Gate Gourmet – London: Lawrence & Wishart, 2018.
- Cooper, Brittney C.: Eloquent rage: a Black feminist discovers her superpower – New York: St. Martin's Press, 2018.
- E vřimšvili, Nana: Das Birnenfeld – Berlin: Suhrkamp, 2018.
- Feminisms in motion: voices for justice, liberation, and transformation/Ed. by Jessica Hoffmann and Daria Yudacski – Chico: AK Press, 2018.
- Fontana, Sina: Universelle Frauenrechte und islamisches Recht: zur Umsetzung von Menschenrechten in einer islamisch geprägten Rechtsordnung – Tübingen: Mohr Siebeck, 2017.
- Gender in focus: identities, codes, stereotypes and politics/Andreea Zamfira et al. (Hrsg.) Opladen: Barbara Budrich Publishers, 2018.
- Goett, Jennifer: Black autonomy: race, gender, and Afro-Nicaraguan activism – Stanford, California: Stanford University Press, 2017.
- Gupta, Charu Smita: The gender of caste: representing Dalits in print – Washington: University of Washington Press, 2016.
- Harris, Angeliq et al.: Queer people of color: connected but not comfortable – Boulder, CO: Lynne Rienner Publishers, Inc., 2018.
- Hayali, Dunja: Haymatland: Wie wollen wir zusammenleben? – Berlin: Ullstein Buchverlage, 2018.
- Hunt, Swanee: Rwandan women rising – Durham/London: Duke University Press, 2017.
- Hurtado, Edson: Gay sein in Zeiten des Evo Morales: Erlebnisse der LGBT-Community in Bolivien – Münster: edition assemblage, 2018.
- Klein, Renate D.: Mietmutterchaft: Eine Menschenrechtsverletzung – Hamburg: Marta Press UG, 2018.
- Kraft, Marion: Empowering encounters with Audre Lorde – Münster: Unrast Verlag, 2018.
- Masrar, Sineb el: Muslim Men: Wer sie sind, was sie wollen – Freiburg: Herder, 2018.
- Owen, Patricia R.: Gender and patriarchy in the films of Muslim nations: a filmographic study of 21st century features from eight countries – Jefferson, North Carolina: McFarland & Company, Inc., Publishers, 2018.
- Patriarchat im Wandel: Frauen und Politik in der Türkei/Hürcan Aslı Aksoy (Hrsg.) – Frankfurt: Campus Verlag, 2018.
- Peeck-Ho, Catharina: Sicherheit, Geschlecht und Minderheitenpolitik: kritische Perspektiven auf die britische Antiterrorstrategie – Bielefeld: transcript Verlag, 2017.

- Rivers-Moore, Megan: Gringo Gulch: sex, tourism, and social mobility in Costa Rica – Chicago: University of Chicago Press, 2016.
- Schafi-Neya, Bitia: Freiheit unterm Schleier: Frauen im Iran – Wien: braumüller, 2017.
- Schalk, Sami: Bodyminds reimaged: (dis)ability, race, and gender in black women's speculative fiction – Durham: Duke University Press, 2018.
- Shi, Xia: At home in the world: women and charity in Late Qing and early republican China – New York: Columbia University Press, 2018.
- Tandashvili, Tamar: Löwenzahnwirbelsturm in Orange – Salzburg: Residenz Verlag, 2018.
- Tang, Shawna: Postcolonial lesbian identities in Singapore: re-thinking global sexualities – London: Routledge, 2017.
- Tauil, Leila: Féminismes arabes – un siècle de combat: les cas du Maroc et de la Tunisie – Paris: L'Harmattan, 2018.
- Tautfest, Anna: Genderperformances: Mimi-kry im Feministischen und Post-Kolonialen Kontext – Hamburg: MARTA PRESS, 2018.
- Vriesekoop, Bettine: Mulans Töchter: wie moderne Frauen das Gesicht Chinas verändern – Krefeld: Pirmon-Verlag, 2018.
- Women and genocide: survivors, victims, perpetrators/ed. by Elissa Bemporad and Joyce W. Warren – Bloomington, Indiana: Indiana University Press, 2018.
- Yarris, Kristin Elizabeth: Care across generations: solidarity and sacrifice in transnational families – Stanford, California: Stanford University Press, 2017.

ZUM WEITERLESEN (Schwerpunkt: Europäische Agrarpolitik: Perspektiven und Alternativen)

- Eco-sufficiency & global justice: women write political ecology/ed. by Ariel Salleh – London: Pluto Press, 2009.
- Food and Agriculture Organization of the United Nations, Rome: Gender – key to sustainability and food security: Gender and Development Plan of Action, 2003.
- Friends of the Earth: Why women will save the planet. – London: Zed Books, 2018.
- Gender and climate change: an introduction /ed. by Irene Dankelman. – London: Earthscan, 2010.
- Gender and forests: climate change, tenure, value chains and emerging issues/ed. by Carol J. Pierce Colfer, Bimbika Sijapati Basnett and Marlène Elias. – London ;Routledge, 2016.
- Gender and sustainability: lessons from Asia and Latin America/ed. by María Luz Cruz-Torres and Pamela McElwee – Tucson: Univ. of Arizona Press, 2012.
- Gender equality and sustainable development/ed. by Melissa Leach – London: Routledge, 2016.
- Gender in agriculture sourcebook/The World Bank; Food and Agriculture Organization; International Fund for Agricultural Development – Washington, DC: World Bank, 2009.
- Gender, the environment and sustainable development in Asia and the Pacific/ESCAP (Hrsg.) Bangkok: United Nations ESCAP, 2017.
- Institute of Development Studies Brighton: Gender and climate change: mapping the linkages; a scoping study on knowledge and gaps/prepared by Alyson Brody, Justina Demetriades, Emily Esplen – Brighton: Institute of Development Studies, 2008.
- Nagel, Joane: Gender and climate change: impacts, science, policy – New York: Routledge, 2016.
- A political ecology of women, water and global environmental change/ed. by Stephanie Buechler and Anne-Marie S. Hanson – London: Routledge, 2015.
- Practising feminist political ecologies: moving beyond the 'green economy'/ed. by Wendy Harcourt and Ingrid L. Nelson – London: Zed Books, 2015.
- Rubin, Jeffrey W.: Sustaining activism: a Brazilian women's movement and a father-daughter collaboration – Durham: Duke Univ. Press, 2013.
- Simavi, Sevi: Gender dimensions of investment climate reform: a guide for policy makers and practitioners – Washington, DC: World Bank, 2010.
- Women feeding cities: mainstreaming gender in urban agriculture and food security/ed. by Alice Hovorka, Henk de Zeeuw, Mary Njenga – Warwickshire: Practical Action Publ. 2009.
- Diese und weitere Literatur zum Schwerpunkt „Europäische Agrarpolitik: Perspektiven und Alternativen“ finden Sie in der C3-Bibliothek für Entwicklungspolitik/Bestand Frauen*solidarität.
- Datenbank:** www.centrum3.at/bibliothek
- Öffnungszeiten:** Mo–Di: 9–17 Uhr
Mi–Do: 9–19 Uhr
Fr: 9–14 Uhr

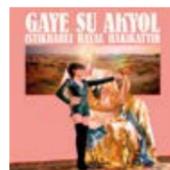




AGUAS
Yilian Cañizares & Omar Sosa
Galileo: 2018

Sanfte und poetische Laute, Violinenklänge, nachdenkliche Klavier-töne und Perkussionsimpulse: Yilian Cañizares und Omar Sosa's Zusammenarbeit wurde zu einem Album voller Geschichten und Bewegung. Gemeinsam gelingt ihnen eine Liebeserklärung an ihre zurückgelassene Heimat Kuba – mit Stücken voller Nostalgie und Fernweh. Die afrokubanischen Rhythmen mischen sich mit Tango Nuevo, westlich klassischer Musik sowie Jazz und werden zusätzlich mit elektronischen Sounds kombiniert. „Aguas“ widmet sich, wie der Name schon vermuten lässt, „Wasser“ in seinen unterschiedlichsten Formen. So wird „Oshun“, die Göttin des Gewässers, gepriesen, und indem alt und neu ineinanderfließen, beschwören die Klänge ein futuristisches Havanna herauf. Sowohl Yilian Cañizares als auch Omar Sosa experimentieren mit neuen Techniken und gegensätzlichen Kompositionen. Ein wunderbarer Dialog zwischen Violine, Gesang und Klavier wird mit Beiträgen des Perkussionisten Inor Sotolongo oder Pablo Nerudas Poesie ergänzt. So fühlt sich „Aguas“ ein bisschen an wie eine Reise ins Unbestimmte. Das Werk ist blumig, frisch und gleichzeitig rastlos und nachdenklich. Obwohl verschiedene Instrumente, Sprachen und Rhythmen zusammenkommen, bleibt die Musiklandschaft beeindruckend harmonisch und klar.

Anna Fierz



İSTIKRARLI HAYAL HAKIKATTIR
Gaye Su Akyol
Glitterbeat Records: 2018

Nach der Veröffentlichung ihres ersten internationalen Albums „Hologram İmparatorluğu“ 2016 etablierte sich Gaye Su Akyol als eine der überzeugendsten und aufregendsten jungen Stimmen der Türkei. Die 33-Jährige Singer-Songwriterin, als Tochter des Malers Muzaffer Akyol in Istanbul geboren und aufgewachsen, widmete sich nach ihrem Studium der Anthropologie zunächst der bildenden Kunst, bevor sie sich ganz der Musik zuwandte. In ihren Songs spricht sie über politische Themen ihres Landes auf eine unkonventionelle Art und Weise. Auch in ihrem neusten Album „İstikrarlı Hayal Hakikattir“ (in etwa: beständige Fantasie ist Realität), das sie selbst geschrieben und arrangiert hat, kann man das deutlich hören. Sie greift anatolische Folklore mit typischen östlichen Melodien und ungeraden Rhythmen auf und stattet sie mit rockig-psychedelischen Gitarren-Riffs aus. Elektronische Beats und Synthies treffen auf Violine und Trompete. Percussions treffen auf nahöstliche Saiteninstrumente wie Oud oder Baglama. Gaye Su Akyol bricht mit der musikalischen Tradition, um auf die politischen Missstände in ihrem Land aufmerksam zu machen. In dem Stück „Bağrimizda Taş“ singt sie beispielsweise: „Das ganze Land ist ein Shisha-Café, wir ersticken in seinem Rauch.“ Solchen poetischen wie aussagekräftigen Metaphern kann Dank englischer Übersetzungen im Booklet von „İstikrarlı Hayal Hakikattir“ auch folgen, wer kein Türkisch versteht.

Julia Decker



GHOST GAMELAN-
Susheela Raman
Naive Records: 2018

Oh, Ghost Gamelan! Das neuste von nunmehr bereits sieben Studioalben der Sängerin und Komponistin Susheela Raman klingt nach Magie und Wüste, Abenteuer, Leidenschaft und Rätseln. In Zusammenarbeit mit ihrem langjährigen musikalischen Partner, dem Gitarristen und Produzenten Sam Mills, hat Susheela Raman einen Klangkörper aus acht Songs hingelegt, der in einen musikalischen Kosmos der Varietäten entführt. Dabei bildet die javanische Musik das Kernstück des Albums. Ihr Gamelan (ein Musikensemble, das sich besonders durch eine Vielzahl an Bronzegongs, Metallophonen und Trommeln auszeichnet) wird von dem indonesischen Komponisten Gondrong Gunarto geleitet und begeistert mit Klangvielfalt und Virtuosität. Susheela Ramans eindringliche Stimme ist abwechselnd verträumt und bestimmt. Ihre Texte sind wie ihre Musik mitunter düster und introspektiv. Ihr Stil ist dabei alles andere als einfach zu kategorisieren. So eröffnet „Ghost Gamelan“ mit dem rasant-rockigen „Tanpa Nama“. „Annabel“ wiederum klingt eher wie ein psychedelischer Roadtrip. „Strange girl“, singt sie hier, „it was time to disappear.“ Susheela Raman über ihren Gamelan: „Die Menschen unterschätzen die Bedeutung von Gamelan in der gesamten zeitgenössischen Musik. Alle smarten Musikproduzenten von Debussy und Satie bis zu John Cage, Miles Davis, Steve Reich und Sonic Youth haben davon gelernt.“

Melissa Nielsen

CRITICAL WHITENESS: ZUR PSYCHOLOGIE HEGEMONIALER SELBSTREFLEXION AN DER INTERSEKTION VON RASSISMUS UND GENDER

Martina Tißberger
Wiesbaden: Springer VS 2017

Martina Tißberger präsentiert Interviews mit Psychotherapeutinnen, die weiß* sind und durchwegs feministisch eingestellt, die in Deutschland praktizieren und angeben, „interkulturell kompetent“ zu sein. Allerdings: „Das gängige Verständnis dieser ‚interkulturellen Kompetenz‘ beinhaltet weniger das Wissen über Rassismus und die Normativität des Weißseins*, als Pseudo-Wissen über die vermeintlichen Kulturen von Migrant*innen, wobei die ‚Kompetenz‘ die Weißen* dann vor der beschämenden Auseinandersetzung mit Rassismus, von dem sie profitieren, schützt.“



Um Interviews und Auswertung gut verstehen zu können, stellt Tißberger fünf spannende Kapitel voran mit Geschichte und Begriffsgeschichte von Rasse* und Rassismus (sie schreibt Rasse* so, um die rein soziale Konstruktion zu zeigen), über rassistische Psychologie, Critical Whiteness, feministische Psychologie und „hegemoniale Selbstreflexion“.

Am Ende des Buches fragt Tißberger nach dem praktischen Nutzen der Critical Whiteness – denn gerade „weil Rasse* eine Konstruktion ist und einer Historizität unterliegt, ist eine Welt ohne Rassismus möglich“. Und diese Studie ist ein wichtiger Beitrag dazu.

Sylvia Köchl

UNTER DEN UDALA BÄUMEN

Chinelo Okparanta
Heidelberg: Das Wunderhorn 2018

Das Wort „Gräuel“ prägt Ijeoma seit vielen Jahren – seit sie sich als Elfjährige in Amina verliebte und diese ihre Gefühle erwiderte. Dass Ijeoma eine Igbo und Amina eine Hausa ist, verkompliziert ihre Lage während des Biafra-Krieges. Als sie entdeckt werden, weicht das Idyll der ersten Liebe rasch dem Gefühl, etwas Falsches, Verbotenes getan zu haben.

Vor allem Ijeomas Mutter versucht mithilfe intensiver Bibelstudien das Mädchen wieder auf den „rechten“ Weg zu bringen. Und so geraten in Ijeoma der Wunsch, ihre Mutter glücklich zu machen, und ihre eigenen Gefühle in einen heftigen Widerstreit ...

Chinelo Okparanta wollte mit ihrem Roman der nigerianischen LGBTQ-Community eine Stimme geben. Seit 2014 sind in Nigeria gleichgeschlechtliche Beziehungen illegal und können mit bis zu 14 Jahren Gefängnis bestraft werden. Verfolgung, Stigmatisierung – aber auch die gesellschaftliche Doppelmoral – und das tägliche Leben mit der Furcht, entdeckt zu werden, bringt die Autorin kraftvoll zum Ausdruck: Die unschuldige Ijeoma, die die Liebe genießt, wird zur Frau, die um die „Moral“ ihrer Gefühle weiß und mit der „gottgegebenen“ Ordnung hadert.

So zart Okparanta erzählen kann, so sehr spinnt sie um Leser_innen wie Protagonist_innen ein Netz aus immer intensiver werdenden Momenten, das sie zum Ende des Romans gekonnt zuzieht.

Ruth Papacek

DAS BIRNENFELD

Nana Ekvimishvili
Berlin: Suhrkamp 2018



Die Georgierin Nana Ekvimishvili veröffentlichte ihren ersten Roman „Das Birnenfeld“ schon 2015. Anlässlich der letztjährigen Frankfurter Buchmesse erschien ihr Werk nun auf Deutsch. Die Filmemacherin und Autorin schreibt in Bildern: Szenen entstehen bei der Lektüre, wie die Wahrnehmung der Mittagshitze, ihrer Stille, des Staubs, der verdorrten Bäume. Die Leser*in wird ohne Umschweife in die beginnenden 1990er Jahre versetzt. Seit kurzem ist Georgien ein selbstständiges Land, in dem nichts funktioniert, viele schlicht ums Überleben kämpfen und manche ihre Kinder einfach abgeben, etwa in ein Heim. Schauplatz ist das „Heim für die Deblen“, ein Internat in einer abgehangenen Gegend am Rande von Tbilisi. Die 18-jährige, gar nicht debile, sondern vielmehr kluge und umsichtige Lela ist die Protagonistin. Sie ist Respektsperson und versucht, ihr Leben und das ihrer Mitschüler*innen in geordnete Bahnen zu lenken. Die Kinder haben keine guten Ausgangsbedingungen. Im Internat herrschen Hierarchien, Regeln, Strafen, Missbrauch - mit denen sich die Kinder arrangieren -, mitunter auch Wohlwollen. Untereinander gibt es Streit, Freundschaft, Zusammenhalt und manchmal richtig Spaß. Eine eindringliche Reise in das georgische Prekariat und berührende Bekanntschaft mit Mädchen und Buben, die lernen, zäh im Leben zu stehen.

Gundi Dick

In Wien erhalten Sie unsere Musikempfehlungen in der Südwind-Buchwelt im 7. Bezirk, Mariahilferstraße 8.

ChickLit
feministische Unterhaltung.

Buchhandlung ChickLit - Kleeblattgasse 7-1010 Wien - Tel: +43-(0)1-533 91 64 -
www.chicklit.at - buchhandlung@chicklit.at
Mo - Fr 10:00 - 18:00, Sa 10:00 - 15:00

Dranbleiben für ein Europa, in dem Frauen alle Chancen haben.



Evelyn Regner
Gewerkschafterin und SPÖ-Abgeordnete im EU-Parlament



Wir bekennen Farbe:
Wenn wir von „sauberer Leistung“ reden, schließt das auch die Umwelt ein!



Dazu leisten wir gerne unseren Beitrag. Bestechende Druckqualität, kombiniert mit Beratung auf höchstem Niveau und dem behutsamen Umgang mit den Ressourcen der Natur – das nennen wir Nachhaltigkeit! Sowohl im Druckwerk, als auch für die Umwelt!



Donau Forum Druck Ges.m.b.H.
Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien
Tel.: +43 (0)1 804 52 55, office@dfd.co.at
www.dfd.co.at



FÜR EIN LEBEN FREI VON GEWALT.

SELBSTBESTIMMT. GESUND. SOLIDARISCH.



DIE GRÜNEN FRAUEN WIEN

WIR WISSEN, WAS WIR WOLLEN.



mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Diversität Weiterbildung
Wissen und Geschlecht in Musik • Theater • Film
Gender Talks Frauenförderung
Vernetzung spiel|mach|t|raum

mdw-Diversitätsstrategie
Holz-Blech-Schlag Gender Screening_mdw
Konzerte

Gleichstellung
fair in Wort und Bild
antidiskriminierende Sprache Performances
Gender | Queer | Diversity Call Raum für Fanny Hensel
Buchpräsentation

Gender Studies
geschlechtersensible Didaktik
Denk/Raum Gender & beyond
Kunst und Wissenschaft im Dialog Plattform Gender_mdw

STABSTELLE
GLEICHSTELLUNG
GENDER STUDIES
DIVERSITÄT
www.mdw.ac.at/gender




EZA
NATÜRLICH FAIR

KAFFEE AUS FRAUENHAND

Die Kleinbäuerinnen setzen sich dafür ein, dass sie anerkannt werden: Als Kaffeeproduzentinnen, als gleichberechtigte Partnerinnen in den Familien, als Bürgerinnen in ihrer Gesellschaft. Selbstbestimmt gestalten sie ihre Zukunft.

Kaffee Adelante ab sofort im Weltladen.
Weitere Informationen finden Sie unter www.eza.cc

AK-WAHL 2019 LISTE 4 AUGE/UG



30 STUNDEN SIND GENUG!
DAMIT DIE ARBEIT NICHT DEIN LEBEN FRISST.

Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen

WWW.AUGE.OR.AT

Kernfragen
Gedanken an Lise Meitner

Vorstellung: PORTRAITTHEATER WIEN
Freitag, 8. März 2019 um 19.30 Uhr
Großer Festsaal der Universität Wien
Universitätsring 1, 1010 Wien

Ausgehend von der Entdeckung der Kernspaltung 1938 zeigt das Stück Momente aus Lise Meitners Werdegang und wie sich Arbeitsalltag und die Bedingungen von Forschung in politischen Extremsituationen verändern. KERNFRAGEN holt Lise Meitner zurück in den Hörsaal, transformiert ihn zur Bühne und bringt die Lebensgeschichte einer der bedeutendsten Wissenschaftlerinnen in Deutschland im 20. Jahrhundert mit Hilfe von Schauspiel, Musik und Lichtprojektionen nahe.

ANMELDUNG UNTER: anmeldung.lisemeitner@univie.ac.at
INFOS UNTER: <https://kalender.univie.ac.at/>

Regie und Text (unter Verwendung von Originalzitaten und Briefen): Sandra Schödekopff
Lise Meitner: Anita Zieher; Max von Laue: Christoph Gareisen; Otto Hahn: Dietmar König (Video)
Lichtkunst: Katrin Beringe; Assistentin der Lichtkunst: Maj-Lene Tytkowski; Regieassistentin: Julia Fischer
Musik: Musica Viva und Melange Vocal mit Benjamin McQuade (Klavier) und Lucie Denoian (Gesangsensemble)
Musikalische Leitung: Lucie Denoian und Jury Evertartz
Video: Karl Bömer; Kostüm: Lejla Ganic; Projektleitung: Heinz-Eberhard Mahnke



universität wien
Gleichstellung und Diversität

Ausgehend von den vielfältigen Aspekten der Geschlechtergerechtigkeit beschäftigt sich die Abteilung Gleichstellung und Diversität als Serviceeinrichtung der Universität Wien mit Chancengleichheit für alle Universitätsangehörigen.

Die Tätigkeiten umfassen:

- Maßnahmen zur Laufbahnplanung von Wissenschaftlerinnen
- Organisation von Veranstaltungen und Workshops
- Gender Monitoring (Datenbroschüren, Gender Pay Gap Analysen)
- Sensibilisierungsmaßnahmen
- Diversität
- Nationale und internationale Kooperationen und Netzwerke
- Beratung und Information
- Beratungsstelle Sexuelle Belästigung und Mobbing

Kontakt:
Abteilung Gleichstellung und Diversität
Universität Wien
Universitätsring 1, 1010 Wien
T: +43-1-4277-184 31
E-mail: femail@univie.ac.at
<http://personalwesen.univie.ac.at/gleichstellung-diversitaet/>
Newsletter bestellen unter: newsletter.gleichstellung@univie.ac.at



LIEFERBARE HEFTE

- | | |
|---|---|
| 70 Globale Ökonomie | 122 Bildung, Migration, Kulturschaffen |
| 72 Feminismen | 124 Wasser |
| 73 Sport | 125 Migration, Arbeit, Asyl |
| 74 Frauen im Fremdland | 126 Liebe, Sex und Wirklichkeit |
| 76 Landwirtschaft | 127 Maskulinität |
| 77 Rassismus und Sexismus | 128 Sehnsuchtsort Brasilien |
| 78 Macht gerecht verteilen | 129 Dis/Abilities |
| 79 20 Jahre Frauensolidarität | 130 Wissensweitergabe |
| 80 Kunst und Kultur | 131 Peking+20 |
| 82 Überlebensstrategien und Frauenrechte in Asien | 132 Partner_innensuche |
| 106 Literatur erzählt Kultur | 133 Medien in Frauenhand |
| 107 Nahrungssicherheit und Klimawandel | 134 Humor und Kreativität |
| 108 Lebensbewegungen | 135 Feminismen in Theorie und Praxis |
| 109 Armutsbekämpfung, Wirtschaft, Krise | 136 Olympische Spiele |
| 110 Rebellisch, frech, begabt | 137 Urbanisierung |
| 112 Afrika: Sport und Ökonomie | 138 Bewegungsfreiheit? |
| 113 Sexualität und Pornografie | 139 Terroristen & Fundamentalisten |
| 115 Frauenrechte | 140 Flucht & Migration |
| 116 Sport | 141 Mode & Lifestyle |
| 117 Utopien | 142 Frieden und Nachhaltigkeit |
| 118 Perspektivenwechsel | 143 Informelle Arbeit und Frauen*rechte |
| 119 Vernetzung und Allianzen | 144 Geschlechtervielfalt |
| 120 Klimawandel | 145 Wahlen und politische Partizipation |
| 121 Medien und Demokratie | 146 Sustainable Development Goals |

Abo-Bestellungen

Frauen*solidarität im C3, Sensengasse 3, A-1090 Wien, abo@frauensolidaritaet.org

Preis pro Heft: EUR 5,- plus Porto; Jahresabo EUR 20,- (Österreich) bzw. EUR 25,- (andere Länder)

Erscheinungsort Wien – DVR 0771023 – Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt

www.frauensolidaritaet.org